

# Volksmacht

Die Volksmacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Insertionsgebühren die sechs gespaltene Zeile ober deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion, an allen Wochentagen 12-1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition:  
Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Telephon für Redaktion  
und Expedition 3290

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Nr. 66.

Danzig, den 13. August 1913.

4. Jahrgang.

## Die Krisen und der Sozialismus.

Unter den vielen Erscheinungen des Kapitalismus treten wohl die wirtschaftlichen Krisen als diejenigen hervor, die am meisten die Eigenart dieser Produktionsweise bestimmen und ihr einen besonderen Charakter geben. Daher sind die Krisen auch für den Sozialismus im höchsten Grade wichtig. Und zwar in zweierlei Hinsicht. Sowie der Sozialismus die theoretische Kritik des Kapitalismus mit dem praktischen Klassenkampf zur Überwindung des Kapitalismus vereint, so treten auch in den Krisen diese beiden Seiten auf; sie bieten eine Handhabe zur theoretischen Kritik des Kapitalismus und sie beeinflussen aufs tiefste die Arbeiterbewegung, die den Kapitalismus besiegen muß.

Gäbe es keine Krisen, so wäre die theoretische Kritik des Kapitalismus weniger schlagend und wichtig. Gewiß würde dann noch immer die Ausbeutung Grund genug zur Kritik und zum Kampf bieten, aber diese Kritik trüge dann einen ganz anderen Charakter. Sie drückte nur eine subjektive Stellungnahme der Arbeiter aus, der eine entgegengesetzte Stellungnahme der Bourgeoisie gegenüberstände. Wenn es in einer Gesellschaft irgendeiner Gruppe schlecht geht, so ist sie unzufrieden; diejenigen, denen es gut geht, sind zufrieden. Natürlich bleibt dabei die Unzufriedenheit der Arbeiter vollkommen berechtigt, wie auch ihr Streben, diese Ordnung zu beseitigen. Aber ebenso berechtigt wäre die Zufriedenheit der Bourgeoisie, die diese Ordnung verteidigt; sie sagt: daß die weniger Geschickten und Tüchtigen, die gescheitert sind, über eine Ordnung schimpfen, die die Tüchtigsten emporkommen läßt, beweist nichts gegen diese Ordnung. Da der Standpunkt jeder Klasse nur ihre eigene Lage ausdrückt, kann keiner von beiden gegen den anderen als objektive unabhängige Wahrheit gelten.

Diese Sachlage ändert sich völlig durch das Auftreten der Krisen. In ihnen treten die inneren Mängel des Kapitalismus als ein zweifellos nachweisbares Uebel hervor, das jeder anerkennen muß. Die Krisen decken einen inneren Widerspruch in seinem Wesen auf, eine Widersinnigkeit, die als objektive Tatsache nichts mit subjektiven Meinungen, nichts mit Zufriedenheit oder Unzufriedenheit zu tun hat. „In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein Widerföhn erschienen wäre — die Epidemie der Ueberproduktion. Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt: eine Hungersnot, ein allgemeiner Vernichtungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben; die Industrie, der Handel scheinen vernichtet, und warum? Weil sie zu viel Zivilisation, zu viel Lebensmittel, zu viel Industrie, zu viel Handel besitzt.“ In diesen Worten drückt das kommunistische Manifest den Widerspruch aus, daß im Kapitalismus der Ueberfluß doch Hunger und Not mit sich bringt. Es ist nur allzubegreiflich, daß die Krisen in der sozialistischen Kritik des Kapitalismus von Anfang an eine erste Rolle spielen. Hier hatte man ein objektives Merkmal der Unhaltbarkeit der bestehenden Ordnung; sie ist nicht bios für die Arbeitermassen schädlich, sondern sie ist noch dazu innerlich widersinnig. Die Arbeiter, die sie beseitigen wollen, können sich auf noch mehr und bessere Gründe berufen, als auf die Unzufriedenheit mit der eigenen Lage; sie beseitigen damit eine Ordnung, die durch ihre eigenen Widersprüche unhaltbar und dem Untergange geweiht ist.

So bot die Erscheinung der Krisen, in der das wahre widerspruchsvolle Wesen des Kapitalismus als unbestreitbare objektive Tatsache hervortritt, den Sozialisten die schärfsten Waffen für ihre Kritik des Kapitalismus — in dem kommunistischen Manifest und dem Anti-Dühring zeigt sich, wie sehr Marx und Engels ihre theoretische Bedeutung einschätzten. Aber diese Bedeutung beschränkt sich nicht auf die Feststellung, daß der Kapitalismus widerspruchsvoll ist; die Erklärung der Krisen deckt zugleich auch die Ursache des Widerspruchs auf und zeigt den Weg, ihn zu beseitigen. Die eine Seite der Krise ist die Ueberproduktion, in ihr tritt die Fähigkeit des Kapitalismus hervor, die Produktion rasch und fast maßlos zu steigern. Die Produktivkräfte über die die Menschheit verfügt, sind unter dem Kapitalismus ungeheuer gewachsen; mit unseren technischen Hilfsmitteln und unserem Vermögen, in kurzer Zeit die Zahl der Maschinen, der Fabriken, der Werkstätten beliebig zu vermehren, wäre es ein Leichtes, für die ganze Menschheit Ueberfluß zu schaffen. Diese wunderbare Expansionskraft der Produktion, die uns die Möglichkeit einer Wirtschaftsordnung ohne Not und Armut sichert, tritt in dem Aufschwung der Konjunktur während der Prosperität klar hervor. Weshalb endet dieser Aufschwung aber immer mit einer Krise? Weil nicht der wirkliche Bedarf, sondern die kaufkräftige Nachfrage den Absatz bestimmt; weil Kapitalprofit die bestimmende Kraft und der Regulator der Produktion ist, so daß bei nicht genügend rascher Erweiterung der Kaufkraft und bei der daraus folgenden Verringerung der Profite die Produktion eingeschränkt und damit das ganze Gebäude der Hochkonjunktur zusammenbricht.

Darin liegt also der Widerspruch, der in den Krisen zutage tritt, daß die ungeheuren Produktivkräfte, über die die Menschheit verfügt, in den Dienst des Privatprofits gestellt werden. Statt dem

großen Ziel der Befriedigung aller menschlichen Bedürfnisse zu dienen, wird die persönliche Gewinnlust ihr Venter, und sie werden brach gelegt, wenn kein genügender Profit der Kapitalisten lockt. Die Produktivkräfte sind zu groß, zu gewaltig geworden für das auf kleine beschränkte Verhältnisse zugeschnittene Privateigentum. In dem Kapitalismus steht das großartig gestiegene Produktionsvermögen der Menschheit im Widerspruch zu der alten Eigentumsform. Da die Produktivkräfte nicht aufzuheben und zu vernichten sind, besteht die einzig mögliche Lösung des Widerspruchs darin, daß ihre Fessel, das Privateigentum, gesprengt wird. Damit tritt der Sozialismus an die Stelle des Kapitalismus.

So bieten die Krisen, weil sie das innere Wesen des Kapitalismus aufdecken, die vorzüglichste theoretische Begründung der Notwendigkeit des Sozialismus. Aber mit theoretischen Beweisführungen läßt sich eine Wirtschaftsordnung nicht beseitigen; dazu ist eine materielle Macht nötig, die Macht einer Klasse, die gegen sie kämpft. Die Arbeiterklasse bekämpft den Kapitalismus nicht wegen theoretischer Mängel, sondern weil die Ausbeutung für sie unerträglich ist; nehmen da nun unter den Kräften, die sie zur Revolution anstacheln, auch die Krisen eine einigermaßen bedeutende Stelle ein?

Das muß schon deshalb der Fall sein, weil Theorie und Praxis aufs engste zusammenhängen. Die Theorie des Kapitalismus ist nur der Ausdruck der Lebenserfahrung des Proletariats; jede Erscheinung, die Anlaß zu einer schwerwiegenden Kritik des Kapitalismus gibt, muß empfunden werden. Die Krisen gehören in der Tat für das Proletariat zu den schlimmsten Uebelständen der heutigen Wirtschaftsordnung; sie werfen die Arbeiter massenhaft aufs Pflaster, lassen die Arbeitslosigkeit stark schwellen und drücken damit die Löhne herunter. In Zeiten der schlechten Konjunktur gehen oft die in der Prosperität erworbenen Vorteile wieder verloren; oft gelingt es den Gewerkschaften nur mit größter Mühe, die Löhne aufrecht zu erhalten, und so bilden die Krisen das schlimmste Hindernis für ein regelmäßiges fröhliches Aufsteigen der Lebensverhältnisse der Arbeiter.

Daher steckt in den Krisen eine stark revolutionierende Wirkung. Wäre der Wechsel von Prosperität und Krise nicht da, so würde eine jezt unbekannte Festigkeit in den Arbeitsverhältnissen bestehen. Man könnte zwar arbeitslos werden, aber in der Regel rasch wieder Arbeit finden, wenigstens wenn man zu den jungen, kräftigen, tüchtigen Arbeitern gehörte. Die Ausbeutung würde zwar zum Kampfe, die Armut zum Streben nach Besserung treiben, aber die Unzufriedenheit würde mehr den Charakter einer bleibenden Unbehaglichkeit als einer scharfen Empörung annehmen. Unter der Beständigkeit der Verhältnisse würde ein verknöchertes Konservatismus den Geist der Massen beherrschen. Wenn sich aber hier und da derartiges entwickelt, wird es von den Krisen umgestürzt. Der Wechsel von Prosperität und Krise bringt eine allgemeine Unsicherheit mit sich; jeder muß damit rechnen, daß er heute plötzlich die beste Arbeitsgelegenheit hat und in einem Jahre mit zahllosen Kollegen monatlang arbeitslos herumwandern muß. Die Krise rüttelt sie auf und läßt kein Gefühl der Ruhe aufkommen; der Wechsel der Konjunktur weckt den Geist zum Nachdenken und revolutioniert die Köpfe. So tragen gerade die Krisen in hohem Maße dazu bei, die Arbeiterbewegung revolutionär zu machen und revolutionär zu erhalten. Darin liegt ihre große Bedeutung für die Praxis des Sozialismus.

## Politische Übersicht.

### Herum mit dem Spieß!

Ein wildes Geschrei tobt in den Spalten der Ordnungspresse. Eine wilde Hege gegen die Sozialdemokratie ist losgebrochen. „Teutsche“ Männer rollen die Augen, krepeln die Yemi särmel hoch, spucken in die Hände und greifen in den Rock der Gasse. Nieder mit den Berruchten! geht es durch die Gassen. Sie hat das Vaterland, das teure, verraten, sie hat das Heer angetastet, sie hat Krupp verdächtigt! Nieder mit ihr!

Das Kriegsgericht zu Berlin hat sieben Militärpersonen wegen Verrats militärischer Geheimnisse verurteilt. Die Weltfirma Krupp ist auf die Anklagebank gesetzt. Es stinkt im bürgerlichen Lager auf einige Kilometer gegen den Wind. Und die Ordnungspresse und der Chorus der Patrioten schreit — über die Verderbtheit der Sozialdemokratie! Ein Sumpf in den Gefilden der Vaterländischen wird aufgedeckt. Und die Ordnungspresse entrüstet sich über — das Panama der Sozialdemokratie!

Sie möchten den Spieß umkehren, mit dem sie so arg verprügelt worden sind, die patentierten Hüter des Vaterlandes und der wahren Moral. Aber ihre verprügelten Glieder sind nicht mehr imstande, die Waffe zu führen, und ihre jämmerlichen Finten stehen in kläglichem Kontrast zu ihrer mit den grimmigsten Geberden kampfhafte herausgeschmetterten Prahlerei, daß dieser Spieß der Sozialdemokratie herzh und Nieren tödlich durchbohren soll. Das „Herum mit dem Spieß!“ ist leichter gesagt als getan.

Es ist nichts, es ist so gut wie nichts, was dieser Prozeß aufgedeckt hat, versichert die Ordnungspresse mit Emphase. Von einem Panama ist keine Rede. Ein paar Subalterne haben Schmiergelder genommen. Ein untergeordneter Beamter der Weltfirma hat unerlaubte Mittel angewandt, um die Konkurrenz zu schlagen, um mit guten Leistungen vor ihren Vorgesetzten brillieren zu können. Aber von diesen Vorgesetzten hat niemand etwas geahnt. Die Spießer

sind unbeeinträchtigt im Heer wie bei Krupp. Die armen Schächer, die gestraucht sind, werden bestraft und alles ist wieder in Ordnung. Von den schweren Anklagen der Sozialdemokratie ist nichts übrig geblieben. Deutschland ist nach wie vor das Land der Ordnung und der Sittlichkeit, das Land der korrekten Beamten, der unantastbaren Offiziere, des über allen Zweifel erhabenen Kriegsheeres und der unvergleichlichen Kanonenfirma Krupp!

Freilich, es sind nur arme Schächer verurteilt worden. Und daß der Spruch des Gerichts ihnen verhältnismäßige Milde widerfahren ließ, wird allgemein gebilligt werden. Denn sie sind wirklich ebenso sehr Opfer wie Schuldige. Aber gerade, weil nur kleine Diebe gehängt werden, bleibt die Frage nach dem großen Spießbuben. In diesem Prozeß, der in beschränkter Öffentlichkeit verhandelt wurde, ist vieles dunkel geblieben und das stolze Wort des Anklägers, daß alles aufgedeckt werde, ist doch nur mit großer Beschränkung richtig. Es mag gelten, soweit es der Justiz möglich war, die Dinge aufzudecken. Er fragt sich nur, wie weit ihr Vermögen reicht. Ob es stark und geschickt und scharfsinnig genug war, um die Sicherungen zu beseitigen, die von den Beteiligten um ihr Treiben errichtet waren.

Die Firma Krupp ist eine Weltfirma, die mit Millionen und Abermillionen arbeitet, die wohlgeleitete ist in den Bureaus der Regierungen, deren Direktoren mit Ministern und Generalkonsuln, mit Staatsoberhäuptern und Parlamentsführern verkehren. Die Organisation aber in dem Kruppbetriebe, der dieser Firma untersteht, ist ein Kinderspiel, wenn man den Herren Direktoren glauben darf, die vor dem Kriegsgericht in Berlin als — allerdings unverdächtige — Zeugen auftraten. In dieser Firma weiß die Rechte nicht, was die Linke tut. Trotz allen Suchens hatte das Gericht unter den Krupp-Direktoren offenbar keinen finden können, der für die Entsendung des „Unterbeamten“ Brandt nach Berlin verantwortlich war. Der eine weiß es nicht, wieviel diese Entsendung für nötig erachtet wurde, der andere hat sich nicht darum gekümmert, der dritte hielt sie direkt für überflüssig, der vierte ist anderer Meinung usw. Der Beschluß, Brandt in Berlin zur Anbahnung unterirdischer Beziehungen anzustellen, ist offenbar von Helfern der vierten Dimension gefaßt worden, die dem Mechanismus des Kruppschen Betriebes den nötigen Anstoß zu geben scheinen, wenn er wegen seiner Kompliziertheit einmal nicht vom Fleck kommt.

Ebenso sonderbar wie diese Direktionslosigkeit im großen Heere der Kruppschen Direktoren ist die rührende Vertrauensseligkeit, mit der die Herren in Essen die Verurmalen in Empfang genommen haben, mit der der untadelhafte Ehrenmann v. Schülke dem Treiben seines Untergebenen Brandt zusah. Aufgefallen, ja aufgefallen ist den Herren wohl bisweilen der Umstand, daß Brandt geheime Dinge erfährt. Aber näher darüber nachgedacht haben sie nicht. Warum auch! Die Firma konnte das Material gut gebrauchen, und viel Wissen macht Kopfschmerz. Man darf nicht zuviel sehen wollen. Nach die Augen zu! sagt der Rabbi von Bazarach zu seiner schönen Frau. Nach die Augen zu! mag manchem guten Geschäftsmann als ein guter Rat erscheinen, den man in gewissen Situationen sich selber gibt.

Solange über die schwerwiegenden Fragen, die bei der Betrachtung dieser Dinge dem unbefangenen Beobachter aufsteigen müssen, nicht eine erschöpfende und befriedigende Antwort erteilt ist, solange ist es arg vorzeitig von der Ordnungspresse, über den Ausgang des Berliner Kruppprozesses als einer großen Reinsigung der Weltfirma zu jubeln. Der Prozeß vor dem Kriegsgericht, der sich übrigens in Kürze vor dem Oberkriegsgericht wiederholen wird, da die Angeklagten bis auf den Kruppschen Angestellten und ehemaligen Feuerwerker Droese Berufung eingelegt haben, hat nur einen Teil der Affäre liquidiert. Ein anderer wird im Verfahren vor dem bürgerlichen Gericht zu erledigen sein. Und schließlich wird die Untersuchungskommission, die die Regierung auf Verlangen des Reichstages einsetzen muß, das Verhältnis der Firma Krupp zur Armeelieferung und zur Regierung noch ganz besonders unter die Lupe nehmen müssen. Ob da mehr herauskommen wird als vor dem Kriegsgericht, das ist ja noch eine offene Frage. Aber auch, wenn es nicht geschieht, so wird dann Gelegenheit sein, das Ergebnis beider Verfahren im Ganzen kritisch nachzuprüfen und die nötigen Folgerungen zu ziehen. Die Sache ist noch nicht erledigt und die knifflische Begriffsbestimmung, um die sich die Verteidiger und der öffentliche Ankläger sowohl wie die Ordnungspresse bemühen, ob es sich um ein wirkliches Panama oder um ein ganz kleines, jahrbalmloses Panamächchen handelt, ist bis dahin mindestens hinausgeschoben.

Die Sozialdemokratie kann die weitere Entwicklung der Affäre jedenfalls in voller Ruhe abwarten. Die Hege, die die Ordnungsmenge jezt unter tosendem Lärm zur Beschwichtigung ihres bösen Gewissens unternimmt, kann nur nützen. Denn sie lenkt wider Willen doch nur die Aufmerksamkeit auf den einen Punkt, daß nämlich die Sozialdemokratie ihrer Pflicht, Anklägerin alles dessen zu sein, was faul und verrotten im Staate Dänemark ist, allezeit gerecht war, ist und bleiben wird und sich durch kein heuchlerisches Gobeul über gefährdete Vaterlandsinteressen jemals daran hindern lassen wird, die Rache eine Rache und Rollen einen Schutz zu nennen. Die Interessen der herrschenden Klasse mögen dabei manchmal ins Gedränge geraten, sind sie es doch, die von der Art, wie im Reich regiert und gewirtschaftet wird, den Nutzen haben, die aber auch die Verantwortung dafür zu tragen haben. Die Interessen der Unterdrückten aber, der großen Mehrheit des deutschen Volkes werden niemals geschädigt, sondern gefördert, wenn unsere Partei den knifflischen Fingern auf die Schwären der bürgerlichen Gesellschaft legt.

Ein siebenfach verkrachtter Kadavertänzer, ein Herr Ulrich, der als Mann von vorwärtsdrängender Gesinnung vor Kriegsgericht als Vertrautiger wirken darf, hat der Sache seiner Klienten zu dienen erlaubt, indem er dem Genossen Liebknecht unterfob, er habe die Anzeige lediglich deshalb erhalten, weil es gegen die von der Sozialdemokratie bitter gehäßte Firma Krupp ging. Die Bösheit und Niederträchtigkeit dieser und ähnlicher Anwürfe ist ein Schulbeispiel antisemitischer Kampfweise. Herr Ulrich hat sie treffend charakterisiert, sonst nichts und niemanden. Herr Ulrich hat den Ton für die Hege gegen die Sozialdemokratie angegeben und diesem allen Unergete folgen die Limon und Konjorten mit Eifer und Hingabe.



Die Blick auf den Weg! Aber die Herrschaften mögen sich nicht küssen. Der Spieß, dessen Spitze und Schaft sie küssen wollten, bleibt in der starken Hand der Sozialdemokratie. Sie wird dafür sorgen, daß er nicht herumgerollt wird, sondern daß er auch im Fortgang der Affäre Krupp den Interessenten an der Schmelzwerkstätte, die die bürgerliche Gesellschaft darstellt, zwischen die Rippen und in die Weichen fängt.

## Deutschland.

### Um den lächerlichen Sozialtarif.

Nach der Behauptung des bündlerischen Abgeordneten Graef ist es zwischen dem Bund der Landwirte, dem Zentralverband der Industriellen und den konservativen Handwerkervereinigungen zu einem Übereinkommen über ein gemeinsames Auftreten im politischen Kampfe gekommen. Die Liberale Korrespondenz bestreitet diese Nachricht und hält sie für einen Schlag gegen die Nationalliberalen.

### Auftakt zum Meier Katholikentag.

Die Gegenläufe im Katholizismus sind gegenwärtig wieder bis zur Siedehitze aufgebläht. Die wiederholten Weisungen des päpstlichen Stuhles, jeden Streit unter einander zu lassen, sind vollständig vergessen. Auf dem bevorstehenden Katholikentag in Meß wird es zu einem Ringen zwischen den beiden Richtungen kommen, wie es in dieser Erbitterung noch keine Katholikentagung gesehen hat. Wie uns von wohlinformierter Seite mitgeteilt wird, ist man in beiden Lagern mit Hochdruck am Rufen, um die Gegenpartei in Meß bezwingen zu können. Die Berlin-Trierer Gruppe will mit Gewalt eine Stellungnahme des Katholikentages zu der päpstlichen Enzyklika singulari quadam im Sinne von Oppersdorf und Sturm erzwingen, die die Köln-M. Gladbacher Richtung unter allen Umständen verhindern muß, wenn sie nicht den öffentlichen Kanonik erklären will. Der Kampf wird sich in Meß allerdings nicht vor dem Forum der Öffentlichkeit abspielen, sondern in den unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagenden Ausschüssen. Die Hauptschlacht wird im sozialen Ausschusse geschlagen werden, wo die Kölner infolge ihrer günstigen Position haben, als einer der Ihrigen, nämlich der Volksvereinsdirektor, Abgeordneter Dr. Pieper den Vorstoß in Händen hat. Die Versuche der Trier-Berliner, anstelle des ihnen verhassten Dr. Pieper einen anderen ihnen gefügigen Vorsitzenden durchzudrücken, sind gescheitert. Das läßt auch schon darauf schließen, daß die Köln-M. Gladbacher in Meß noch einmal obliegen werden, denn sie haben jetzt nach der Zeit noch die Mehrheit.

### Militärdisziplin, Revolution und -Niederknallen!

Die Heße gegen die Sozialdemokratie rast wie eine Furie durch die Lande. Ein Herr v. Gottberg, der früher der Armee als Offizier angehörte, veröffentlicht im halbhoisigen Berliner Lokalanzeiger einen Artikel, der an Fingelhaftigkeit alles übertrifft, was sich das Scherblatt bisher geleistet hat. Antiküpfend an die Ergebnisse des Krupp-Prozesses vor dem Kriegsgericht, macht er die Regierung scharf, dem vom Reichstage angenommenen Notgesetz die Zustimmung zu verweigern. Daß er die Sozialdemokraten als Leute ohne eigenes Ehrgefühl, als Menschen, ausgerüstet mit schamlosem Niedertracht, bezeichnet, mag seiner gemachten Entrüstung zugute gehalten werden. Schließlich heißt es:

Die Paragraphen, um die es sich handelt, gelten nicht als zu streng in Tagen, da eine glorreiche und fruchtbringende Regierung noch dafür zu sorgen verstand, daß am Tage der Kontrollverammlung die Luft in der Kammer beim Besatzkommando nicht mit dem ungeliebtesten Atem des sozialdemokratischen Nihilisten gefüllter war. Es braucht nicht erstirt zu werden, warum die hiesigen Paragraphen heute mehr als je schärfen. Sind sie geändert, dann wird in jeder Kammer der Nihilisten dem Reichstage auf die Schulter geklopft: „Jetzt doch! Du den Dembarren verheuen, denn wir sorgen dafür, daß es nicht mehr Zuchthaus gibt!“ Dann begriffe auch der gebildete Mann, daß die Sozialdemokratie Herrin im Lande ist. Wir sind also auf dem Wege, die eigenen Truppen dem Gegner, der Revolution, auszuliefern. Obwohl ihr von starker Hand — ach, wie leicht! — der Garaus zu machen wäre, ist sie auf dem Marsch. Das föhlt jeder, der Weltgeschichte las und aus ihr begriff, daß immer die in Amtsstühlen sitzenden Zweifler an ihren und des Staates Rechten es waren, die dem Umsturz die Gasse zum Sieg bahnten.

Wenn wieder einmal im Reichstag oder sonst bei einer Gelegenheit vom Sauberwerden gesprochen wird, dann wird man zweckmäßig auf den Artikel des Herrn von Gottberg zurückgreifen müssen. Der Ton, den er anschlägt, kennzeichnet die Erziehung, die er offenbar genossen hat. Es soll hintertrieben werden, daß der Bundesrat dem Beschluß des Reichstags zustimmt. In dem Krupp-Prozess hat weder die Firma Krupp noch die Heeresverwaltung etwas besonders gut abgeschrieben. Um nun diesen Eindruck zu verwischen, schlägt man nach berühmten Mustern auf die Sozialdemokratie los und läßt seiner Phantasie die Zügel sogar so weit schießen, daß man behauptet, die Truppen würden der Revolution ausgeliefert, wenn die unerhört strengen Strafbarkheiten, die im Militär-Strafgesetzbuch enthalten sind, eine Milderung erfahren sollten. Den maßgebenden Stellen, hier vor allem dem Reichskanzler, der im Reichstage erklärte, daß er im Bundesrat für das Notgesetz eintreten wolle, muß man es selber überlassen, wie sie mit dem Gottberg, der sie hier als unfähige Tröpfe hinstellt, sich auseinandersetzen werden.

Daß dieser so feingebildete Mann auch mit „starker Hand“ der Sozialdemokratie „den Garaus“ — „ach, wie leicht!“ — machen will, ist für die heißen Sommertage eine willkommene heitere Erfrischung. Wir träumen gewiß in der kommenden Nacht davon, wie wir alle in den Straßen stehen und der starke Mann die Truppen auf uns kommandiert: „Geht an, gebt Feuer!“ — Piff! Puff! Puff!

### „Die Hauptsache im Kriege ist der Mensch.“

Prinzregent Ludwig von Bayern, der vor einigen Tagen in einem Schreiben an den bayerischen Minister von Soden die Förderung der Regierungsmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit wünschte, hat bei der Jahrhundertfeier der bayerischen Genietruppen die Zustände im Heere gekennzeichnet. Er gedachte der Bedeutung der Technik für die Armee und den Krieg; dabei sagte er u. a.:

„Die einen von Ihnen wissen es ja aus der Erfahrung, die anderen aus der Theorie, daß die Armee nur durch das Zusammenwirken sämtlicher Waffengattungen bestehen kann. Die Hauptsache ist aber nicht die Technik und nicht die Waffe, die Hauptsache ist in einem Kriege der Mensch, und zwar der tüchtige Mensch als Soldat. Es mag alles noch so gut ausgedacht sein, wenn der Mensch, der im Waffentrod steht, nichts taugt, so wird

die Armee von weit zurückstehenden Völkern geschlagen. Darum sage ich: Es ist selbstverständlich, daß man die Erfindungen der Technik so weit als möglich ausnützt, vor allem aber trachte jeder, ein Edelmann im besten Sinne des Wortes zu sein und zu bleiben. Das soll vom ersten bis zum letzten Soldaten gelten. Keiner soll sich über den andern erheben. Es soll von oben bis unten jeder wissen, daß, wenn er sein Leben zum Opfer bringt und die großen Strapazen des Militärdienstes im Krieg und Frieden auf sich nimmt, er das nicht für seine Person tut, sondern für das allgemeine Wohl. Wenn diese aufopfernde Gesinnung bleibt, dann kann uns kein Feind, er komme woher er wolle, etwas antun, dann sind wir unüberwindlich.“

Der Kritiker auf dem bayerischen Königsthron will also gerade das Gegenteil von dem, was das ganze System des deutschen Militarismus hervorruft. Der Soldat soll doch nicht denken, sondern er soll ein willenloses Werkzeug sein, das nur gehorcht. Hier bietet sich also Gelegenheit für den Prinzregenten, die bessernde Hand anzulegen.

### Abkommen mit Osterreich über die Arbeiterversicherung.

Der Berliner Lokalanzeiger meldet: „Im Reichsamt des Innern haben zwischen Vertretern der Deutschen Reichsregierung und der österreichischen Regierung eingehende Beratungen stattgefunden über die gegenseitige Anwendung der Arbeiterversicherung. Osterreich wünscht ein Abkommen zu treffen, das die Gegenseitigkeit auf weiteren als bisher zugestandenem Zweigen der Arbeiterversicherung und über den reinen Grenzverkehr ausdehnt. Ein ähnliches Abkommen ist bekanntlich bereits im vorigen Jahre zwischen dem Deutschen Reich und Italien zustande gekommen. Osterreich hat im Jahre 1909 ein Gesetz erlassen über die Ermächtigung zum Abschluß internationaler Abkommen auf dem Gebiete der Arbeiterunfallversicherung. Danach ist die österreichische Regierung ermächtigt, mit den Regierungen solcher Staaten, in denen der österreichischen Unfallversicherungsgesetzgebung entsprechende Fürsorgeeinrichtungen bestehen, Abkommen zur Regelung der Wechselbeziehungen auf diesem Gebiete zu schließen. Auf Grund der in mehrwöchigen Verhandlungen zwischen Vertretern beider Staaten erzielten Verständigungen dürfte ein Abkommen im Laufe des nächsten Winters zustande kommen. Nach der Reichsversicherungsordnung muß die Vereinbarung dann dem Reichstage mitgeteilt werden.“

### Marinejustiz.

Was alles imstande ist, einen Matrosen auf die Anklagebank und vor das Kriegsgericht zu bringen, ergab eine Verhandlung des Kriegsgerichts der 2. Marine-Inspektion in Wilhelmshaven am Mittwoch voriger Woche. Am 18. Juni dieses Jahres sollte dem Matrosen Reinert zwecks Feststellung seiner Krankheit im Lazarett eine Probe Blut abgezapft werden. R. war nun der Meinung, und zwar aus Furcht vor Schmerzen, daß zu der seiner Ansicht nach einer Operation gleichkommenden Maßnahme seine Zustimmung notwendig sei, die er verweigern könne. Er tat das auch. Statt dem Mann nun davon zu überzeugen, daß seine Befürchtungen vor der Gefährlichkeit des Blutabzapfens und den Schmerzen dabei unbegründet sei, erhielt er einfach den Befehl, sich der Maßnahme zu unterziehen. Der Befehl vermochte den Matrosen jedoch trotz der Schneidigkeit, in der er gegeben wurde, von seinen Befürchtungen nicht zu befreien und er verweigerte daher weiter das Abzapfen von Blut. Das Ende der Sache war ein kriegsgerichtliches

## Ein Rekrut von Anno 1813.

Von Erckmann-Chatriaux.

Autorisierte Übersetzung von Ludwig Plau.

In der Freude meines Herzens schrie ich wie die andern. Das alles war das Wert einer Minute. Die Karrees hatten sich wieder in Bewegung gesetzt; man glaubte schon, es sei alles vorbei, als auf eine Entfernung von zwei- bis dreihundert Schritt von jener Vertiefung ein verdächtiges Geräusch hörbar wurde, und zum zweiten Male schrie der General:

„Halt! Anie auf die Erde! Kreuzt die Bajonette!“

Die Russen kamen aus dem Einschnitt hervor wie ein Sturmwind, alle zumal, daß die Erde zitterte. Nicht einmal die Kommandos konnte man nicht verstehen; aber der gute Schick der französischen Soldaten machte ihnen klar, daß es jetzt galt, unter den Haufen zu kriechen, und alsbald begann das Rattenfeuer zu rollen, wie ein anhaltender Trommelwirbel. Wir das nicht gehört hat, kann ich keine Idee davon machen. In dem dicken Pulverdampf sahen wir einzelne dieser Russen dicht an uns herankommen und im nächsten Augenblick waren sie verschwunden, wie weggeblasen.

Endlich kommandierte General Cheminain mit fürchterlicher Stimme:

„Feuer einstellen!“

Man wagte kaum zu gehorchen; jeder bewachte sich, noch einen Schuß abzugeben, aber als der Rauch sich zerstreut hatte, sah man die ganze Kavalleriemasse sich den jenseitigen Abhang des Einschnitts hinaufziehen.

Sogleich wurden die Berede geöffnet und Marschkolonnen gebildet; die Trommler schlugen an und unsere Kanonen donnerten.

Vorwärts — vorwärts! Es lebe der Kaiser!“

Wir stiegen in die Vertiefung hinab über Haufen von Nieder- und Mittelbüchsen, die sich auf dem Boden wälzten, und kamen im Gehäuselärm der Dole nach Weizenfelds hinzu. All die Kolonnen und Regter machten trummere Büchel und jagten vor uns her, so schnell die Pferde laufen wollten; die Schlacht war gewonnen!

Aber kaum waren wir gegen die Gärten der Stadt herangekommen, als wir plötzlich hinter einer niedrigen Mauer heron einige Kanonenkugeln erhielten, von denen eine dem Sappeur Merlin die Art und den ganzen Kopf zumal wegriß; dem Sappeurcorporal Thome aber riß ein Stück der Art ab und er fiel in den Arm, daß ihm derselbe nach am nächsten Abend in Weizenfelds abgenommen werden mußte. Jetzt muß es laufen, denn je schneller man herankommt, desto baldere wird auch die Gefahr überwunden.

In dem Punkte drängen wir zumal in die Stadt, indem wir über Fäden und Mauern kletterten. Der Marschall und die Generale folgten uns. Unserer Besoldung betrat die Stadt auf einer breiten mit Torpeden angelegten Straße, die neben dem Kirchhof bis zum Altar des Heiligen lag, unter Regimenten mit einer ordentlichen Kette zusammen, welche die Hauptstraße heraufkamen.

Hier machten wir Halt, und der Marschall beorderte das Stenographenamt, um eine bewachte Straße zu besetzen und so dem Feinde die Rückzug abzuschneiden, während sich der Rest der Division auf dem Markt aufstellte. Vor der Tür des Rathhauses erwartete uns eine von der Bürgerwehr und der Gemeinderat von Weizenfelds, um uns zu begrüßen.

Kaum waren wir aufgestellt, so rief der Marsch von der Rossbrücke unsere Schlachtordnung ernst und rief uns mit heiserer Stimme:

„So wie recht, so laß“ las mich gefellen! Der Kaiser soll eure gute Haltung erfahren. Acht brav!“

Das gefiel ihm, daß wir auf die Kanonen losgerannt waren, und als der General Souham zu ihm sprach: „Das geht vorzüglich!“ antwortete er:

„Ja, ja, das liegt im Blut, das liegt im Blut!“

Was mich betrifft, so war ich keulenvergnügt, dieser Geschichte mit heiter Haut entronnen zu sein.

Das Bataillon blieb bis zum folgenden Tage da. Man quartierte uns bei den Bürgern ein, die uns fürchteten und uns alles gaben, was wir verlangen. Das Siebenundzwanzigste rückte am Abend ein und wurde im alten Schlosse untergebracht. Wir waren sehr müde, und nachdem wir zwei oder drei Pfeifen geraucht und uns von unserem Ruhm unterhalten hatten, gingen Zebedäus, Klipfel und ich in eine Schreinerwerkstatt, wo wir uns auf einen Haufen Hobelspane legten und schliefen, bis um Mitternacht die Signale uns weckten. Da mußte man dem freilich aufstehen. Der Schreiner offerierte uns einen Schnaps, und wir eilten zum Sammelplatz. Es gah in Strömen. Noch in derselben Nacht bivallierte das Bataillon vor dem Dorfe Clezen, zwei Stunden hinter Weizenfelds. Unsere Stimmung war nicht die beste, da der Regen uns durchweichte.

Mehrere andere Abteilungen vereinigten sich hier mit uns. Der Kaiser war in Weizenfelds angekommen, und das ganze dritte Korps, hieß es, sei im Anmarsch. Am folgenden Morgen gegen fünf Uhr nahmen wir, als Avantgarde, den Marsch wieder auf.

Bald gelangten wir an ein Flüsschen, die Rippach; aber statt eine Brücke zu sehen, ließen wir mitten durchs Wasser, das uns bis an den Bauch ging. „Wenn man dir das prophetisch hätte“, dachte ich, „als du im Hause des Herrn Gulden dich so sorgfältig vor Schnapsen und Katarrh in Acht nimmst, und zweimal die Woche die Strümpfe wechselst, du hättest es nimmermehr für möglich gehalten. Was muß ein Mensch nicht alles durchmachen im Leben!“

Als wir das andere Ufer betraten, sahen wir auf einem Höhenzug zu unserer Linken eine Kofatenbande, die uns beobachtete; sie folgte uns, ohne einen Angriff zu wagen, was ihnen auch nicht möglich gewesen wäre, da wir auf moorigem Grunde marschierten, und so sah ich, daß auch Sumpfland unter Umständen zu etwas gut sein kann. Seit länger als einer Stunde marschierten wir so fort, und es war bereits heller Tag, als wir plötzlich ein anhaltendes Kleingewehrfeuer undurchsichtbaren Kononendonner von Clezen her vernahmen. Der Kommandant erhob sich in den Bügeln und schaute über das Schill weg.

Da des Schillens anhelt, sagte der Sergeant Binto:

„Die Division rückt vor, sie ist angegriffen.“

Die Kofaten machten ebenfalls Halt und blickten nach dieser Seite, und erst nach Verlauf einer Stunde verhielten sie uns aus den Augen. Zu gleicher Zeit sahen wir unsere Division zur Rechten in Sturmkolonnen vordringen, wobei sie Waffen von russischer Kavallerie vor sich hertrieb.

„Vorwärts!“ schrie unser Kommandant.

Wir liefen, ohne zu wissen, warum, immer den Fluß hinab, bis wir an eine alte Brücke kamen, wo sich die Rippach und die Gruna vereinigen. Wir wollten hier den Russen den Rückzug abschneiden, aber diese hatten die Lunte gerochen und schon an einem andern Punkte den Fluß überschritten und sich hinter demselben zurückgezogen. Bald darauf rief auch die übrige Division zu uns, und man erfuhr von uns, daß der Marschall Bellieres von einer Kanonenkugel getötet worden sei.

Wir marschierten noch bis vor das Dorf Götchen, wo wir bivallierten. Hier verbreiterte sich zum ersten Male das Gerücht unter uns Neulingen, daß eine große Schlacht bevorstände, und daß alle bisherigen Hindertien nur den Zweck gehabt hätten, uns Pulver trocken zu lassen. Man kann sich denken, was ein vernünftiger Mensch hierbei empfinden mußte, namentlich wenn er, wie ich, an gedankelose Leute, wie Zebedäus und Klipfel, gemessen war, die sich auf die bevorstehende Schlacht freuten, wie wenn solche Besprechungen ihnen etwas anderes einbringen könnten, als Nintenbüchse oder Scheißbüchse.

Ich meinerleits dachte die ganze Zeit an Kathrinen, und hat meinem Herzgen, mir des Leben und ganze Hände zu erhalten; denn ohne sie, wie soll der Arme sein Brot verdienen?“

XIII.

Der Ort, wo wir uns lagerten, war ein Hügel unmittelbar vor Groß-Götchen. Man zündete Wachfeuer an, und eine Abteilung ging ins Dorf hinab und brachte fünf oder sechs alte Kühe für das Nachschicken. Wir waren aber so sehr ermüdet, daß ein großer Teil mehr Lust zum Schlafen als zum Essen hatte. Da immer mehr Truppen und Kanonen und Munition vorrückten, so waren wir gegen elf Uhr auf zwölf- bis vierzehntausend Mann angewachsen — die ganze Division Souham. Rund um die Höhe, auf Schuchweite, standen unsere Schildwachen.

Endlich überwältigte die Müdigkeit auch mich, doch wachte ich jede Stunde auf, denn hinter uns, auf der Straße, welche von der alten Posernabridge nach Lützen und Leipzig führt, machte sich ein ununterbrochener, gewaltiger Lärm hörbar: ein Wagengeroll und Kanonengerassel brauste, bald zu-, bald abnehmend, durch die Stille der Nacht.

Der Sergeant Binto schlief nicht; er rauchte seine Pfeife, während er seine Füße am Feuer trocknete, und so oft einer sich rührte, wollte er sprechen:

„Wie stehts, Rekrut?“ sagte er.

Aber man tat, als höre man ihn nicht, drehte sich gähmend um und suchte weiter zu schlafen.

Die Uhr von Groß-Götchen schlug sechs, als ich völlig erwachte. Meine Beine waren wie gebrochen, von dem Marsche durch den Sumpf her; doch richtete ich mich auf, um mich durch Umhergehen zu erwärmen, denn es froh mich entsetzlich, und von den Feuern war nichts mehr übrig, als rauchende Asche und einige glühende Kohlen. Mein Sergeant stand in Gedanken versunken da und blickte auf die weite Ebene hinaus, deren Rand schon einige Sonnenstrahlen vergoldeten.

Alles um uns schlief, die einen auf dem Rücken, die andern auf der Seite, die Füße dem Feuer zugekehrt; einige schnarchten oder sprachen im Schlaf.

Der Sergeant, der mich munter sah, holte eine Kohle, legte sie auf seine Pfeife und redete mich an:

„Nun, Fürstler Berthold, wir wären also jetzt in der Arrieregarde.“

Ich begriff nicht recht, was er damit sagen wollte.

„Das wundert dich, Rekrut,“ fuhr er fort, „und doch ist es leicht zu verstehen: wir haben uns nicht von der Stelle gerührt, während die Armee eine halbe Wendung ausgeführt hat. Gesehrt war sie hier, an der Rippach, und heute ist sie dort, bei Lützen; statt am Kopf zu sein, befinden wir uns jetzt im Schwanz.“

Und pfliff mit den Augen zwinkernd, blies er zwei oder drei Rauchwolken in die Luft.

„Und was werden wir dabei gewinnen?“ fragte ich.

„Daß wir zuerst nach Leipzig kommen und über die Preußen herfallen,“ antwortete er. „Du wirst das schon noch einsehen, Rekrut.“

Ich richtete mich nun auf, um die Gegend zu betrachten. Vor mir lag eine weite, sumpfige Ebene, welche durch den Grunabach und ein anderes Wasser, genannt der Flohgraben, durchschnitten war; einige kleine Hügel erhoben sich längs dem Laufe dieser Gewässer, und den Hintergrund begrenzte ein breiter Fluß, die Elster, wie mein Sergeant sagte. Die Morgemebel umschleierten die ganze Gegend.

Sah ich rückwärts, so erblickte ich im Tale die Turmspitze von Groß-Götchen und weiter entfernt mehrere Dörfer und Städte, welche zwischen Hügeln am Rande kleiner Sümpfe von Pappeln, Weiden und Zittererpen umgeben, dalagen. Groß-Götchen lag von allen der Elster am nächsten, Rana war am weitesten entfernt, und hinter diesem Orte zog sich die große Straße von Leipzig nach Lützen vorüber. Das ganze dritte Armeekorps lag in den Dörfern rings umher, der Generalstab war in Rana, und der General Souham, zu dessen Division auch ich, wie gesagt, gehörte, war in einer großen Mühle am Flohgraben einquartiert. (Fortsetzung folgt.)



Verfahren. Weil A. seinen Eingriff an seinem Körper vornehmen lassen wollte, konstatierte man das Vorliegen einer Gefährdung, einer Schädigung der Gesundheit und Beharrens im Ungehorsam vor versammelter Mannschaft und schickte den Mann auf 3 Monate ins Gefängnis.

### Die Opfer des Krupp-Prozesses.

Die Beurteilungen im Krupp-Prozess werden vertieft von der „gutgesinnten“ Presse mit einer Flut von Beschimpfungen überflutet. Das Zerkeln dazu gab der Vertreter der Anklage vor dem Kriegsgericht, der von Schreiberseelen sprach, die das Maul nicht halten können, wenn sie hinter dem Bierkopfen sitzen. Ganz geflüstert spricht man immer nur von Unteroffizieren und untergeordneten Beamten. Demgegenüber muß doch einmal nachdrücklich festgestellt werden, daß vier der Angeklagten aktive Offiziere gewesen sind; allerdings nicht „Erstklassige“, die zu beschimpfen der Anklagevertreter sich gehütet hätte, sondern Zeugoffiziere, die von der Pike auf gedient haben. Wie schon aus der Vertrauensstellung, die diese Offiziere einnehmen, hervorgeht, müssen sie ein hohes Maß von Kenntnissen haben, weit mehr als der Frontoffizier, der vielleicht eben erst auf einer „Presse“ mühevoll zurecht geknetet wurde. Trotzdem werden sie von diesen Offizieren nicht für voll angesehen, so muß der im Dienst ergraute Zeughauptmann dem jüngsten Frontoffizier zuerst grüßen, sie haben zu keinem Offizierskavaliere Zutritt und um die Grenze noch schärfer zu ziehen, hat man für sie auch die Burtschen beiseite und ihnen dafür eine Geldentschädigung gegeben. Ueber ihre wirtschaftliche Lage sagt der militärische Mitarbeiter des Berliner Tageblattes Major Morath:

„Von Bedeutung für das Verständnis der Affäre ist weiter, daß man den „Arbeitsoffizieren“ nicht das gleiche Maß wirtschaftlicher Unabhängigkeit zubilligt, wie den Armeeeoffizieren. Die Zeugleitnants Tillan und Scheuder bezogen zur Zeit ihres Kornwalgereizes, 32 Jahre alt, ein jährliches Gehalt von 2000 Mark. Hinst war 30 Jahre alt, als er so dorkert war. Hierzu kamen noch 800—330 Mark Wohnungsgeldzuschuß, je nach der Höhe der Servistasse. Im Durchschnitt gelangen diese Offiziere zwischen dem 30. und 32. Lebensjahre, bereits verheiratet und mit Kindern gesegnet, in den Genuss des unzulänglichen Gehalts, das sich erst nach drei Jahren um je 300 Mark erhöht. Die wirtschaftliche Notlage ist um so größer, als der Dienst diese Männer meist in große Städte führt. Der jüngere Armeeeoffizier war bisher mit 32 Jahren noch Oberleutnant und bezog 2400 Mark Gehalt. Mühselig hat er dann den Dienstgrad des Hauptmanns erreicht und befindet sich (bis zum 36. Lebensjahre, später mehr) im Genuss von 3400 Mark Gehalt und 1300 bis 6300 Mark Wohnungsgeldzuschuß. Wenn die Heeresverwaltung die Lehre aus dem Prozess zieht, daß Vertrauensposten auch auskömmlich honoriert werden müssen, so wäre das ein Gewinn.“

Es kennzeichnet das ganze System, daß man Leute, die Vertrauensstellungen einnehmen, in dieser Weise entlohnt und dann wundert man sich, wenn sie der Versuchung unterliegen, die gerade an Leute in dieser Stellung nur allzu leicht herantritt.

### Erst 5 Jahre Zuchthaus, dann freigesprochen.

Erfolgreiche Berufung legte ein Soldat des in Weissenburg i. Elsaß garnisonierenden Infanterieregiments beim Oberkriegsgericht ein. Er war von der ersten Instanz zu einer Zuchthausstrafe von fünf Jahren und Ausstoßung aus dem Heere verurteilt worden, weil er einen Veteranen, der die Schlachtfelder besuchte, überfallen haben sollte. Das Oberkriegsgericht konnte sich von der Schuld des Angeklagten, der unter lautem Schloßgen seine Unschuld beleuerte, nicht überzeugen und sprach ihn frei.

### Deutsche Spionage im Ausland.

Aus Wilna (russ. Polen) wird gemeldet: Ein Sekretär der Militärbehörde wurde in dem Augenblick verhaftet, als er einem deutschen Agenten gegen die Summe von 100 000 Rubel den Mobilisationsplan des in Wilna befindlichen Armeekorps verkaufen wollte.

Diese 100 000 Rubel sind deutsches Geld, das die deutschen Steuerzahler zahlen mußten und das durch die Geheimfonds von der deutschen Regierung gezahlt wurde, um andere Mächte ausspionieren zu lassen. Dieses gemeine Korruptionsystem aber ist echt „national“.

## Ausland.

### Vom Balkan.

#### 400 000 Tote, 5 Milliarden Kosten.

Der in Mazedonien weilende Korrespondent des Corriere della Sera, der sämtliche Hauptpunkte der Balkanschlachtfelder besucht hat, veranlaßt in einem längeren Bericht eine Schätzung der Verluste der Balkanstaaten. Er schätzt die Opfer an Menschen und Geld im ersten Feldzug folgendermaßen:

Bulgarien: 350 000 Mann mobilisiert, 80 000 Tote, 1200 Millionen Mark Kosten.

Serbien: 250 000 Mann mobilisiert, 30 000 Tote, 620 Millionen Mark Kosten.

Griechenland: 150 000 Mann mobilisiert, 10 000 Tote, 280 Millionen Mark Kosten.

Montenegro: 30 000 Mann mobilisiert, 8000 Tote, 16 Millionen Mark Kosten.

Türkei: 450 000 Mann mobilisiert, 100 000 Tote, 1600 Millionen Mark Kosten.

Für den zweiten Feldzug sind nach derselben Quelle die Ziffern schätzungsweise folgende:

Bulgarien: 60 000 Tote, 720 Millionen Mark Kosten.

Serbien: 40 000 Tote, 400 Millionen Mark Kosten.

Wenn man hierzu die Ermordeten, die Opfer der Cholera und andere Epidemien hinzunimmt, so dürften die Menschenverluste mindestens 400 000 betragen, während die finanziellen Kosten insgesamt auf 5 200 000 000 Mark zu schätzen seien.

### Gewinn und Verlust.

Der Friede von Bukarest hat den Balkanstaaten neue Grenzen gesetzt, die Macht- und Gebietsverteilung unter den Staaten auf neue Grundlagen gestellt. Diese neue Staatenwelt des Balkans ist allerdings noch nicht endgültig gestaltet, noch ist ja Adrianopel im Besitz der Türken und man weiß nicht, welches Entgelt die Türken durchsetzen werden, wenn sie überhaupt die Stadt wieder herausgeben; noch ist auch die Südgrenze Albanens nicht bestimmt. Aber von diesen beiden Punkten abgesehen, läßt sich im großen und ganzen ein ungefähres Bild der Gebietsverteilung auf Grund des Bukarester Friedens geben.

Bulgarien erhält in Mazedonien ein Gebiet von 17 000 Quadratkilometer mit rund 410 000 Einwohnern. In Thrazien darf es auf einen Gebietszuwachs von 23 500 Quadratkilometer rechnen mit ungefähr 650 000 Einwohnern. Das ergäbe einen Gewinn von 40 000 Quadratkilometer mit 1 060 000 Einwohnern. Dieser wird aber vermindert durch die Abtretung der bulgarischen Dobrabtscha bis zur Linie Turtukai—Baldschid mit etwa 7000

Quadratkilometer und 280 000 Einwohnern. Daraus ergibt sich ein Reingewinn von 33 000 Quadratkilometer mit 800 000 Einwohnern.

Serbien bekommt im eigentlichen Macedonien und im ehemaligen Wilajet Salonich zusammen ein Gebiet von 32 000 Quadratkilometer Bodensfläche mit etwa 1 000 000 Einwohnern.

Griechenland erhält die Inseln Kreta, Epirus, Teile von Südmaazedonien, Salonich, Serres, Drama, Kavalla und die dazugehörigen Gebiete. Es trägt also den reichsten Gewinn heim, etwa 45 000 Quadratkilometer Bodensfläche mit 1 520 000 Einwohnern. Sein Zuwachs vermehrt sich noch durch den Anfall der während des Krieges besetzten ägäischen Inseln.

Montenegro bekommt zugewiesen einen Teil des Sandshafs, Novibazar, die Gebiete von Gushnje und Plewa, vielleicht auch Ipet und Djatova, im ganzen etwa 7000 Quadratkilometer mit 230 000 Einwohnern.

Die Türkei, die vor dem Kriege in Europa über ein Gebiet von 170 000 Quadratkilometer mit 6 000 000 Einwohner gebot, dürfte das Stadtgebiet von Konstantinopel eingerechnet, etwa auf ein Gebiet von 20 000 Quadratkilometer Umfang mit 1 400 000 Einwohnern beschränkt werden. Doch muß hier allerdings bemerkt werden, daß die Türken aller Wahrscheinlichkeit nach mindestens eine beträchtliche Verdrängung und Erweiterung der in London festgesetzten Grenzen erzielen werden.

Daraus ergibt sich in allgemeiner Uebersicht folgende „Rangordnung“ der Balkanstaaten:

Rumänien jetzt 138 000 Quadratkilometer mit 6 200 000 Einwohnern — bisher 131 000 Quadratkilometer mit 6 Millionen Einwohnern.

Bulgarien jetzt 139 000 Quadratkilometer mit 4 600 000 Einwohnern — bisher 96 000 Quadratkilometer mit 3 800 000 Einwohnern.

Griechenland jetzt 110 000 Quadratkilometer mit 4 000 000 Einwohnern (ungerechnet die ägäischen Inseln) — bisher 65 000 Quadratkilometer mit 2 500 000 Einwohnern.

Serbien jetzt 80 000 Quadratkilometer mit 3 600 000 Einwohnern — bisher 48 000 Quadratkilometer mit 2 500 000 Einwohnern.

Die Türkei jetzt ungefähr 20 000 Quadratkilometer mit 1 400 000 Einwohnern, bisher 170 000 Quadratkilometer mit 6 000 000 Einwohnern.

Albanien etwa 32 000 Quadratkilometer mit 800 000 Einwohnern.

Montenegro jetzt 16 000 Quadratkilometer mit 480 000 Einwohnern, bisher 9000 Quadratkilometer mit 250 000 Einwohnern.

### Österreich-Ungarn.

Das internationale Wettstreiten muß nun natürlich auch von Österreich mitgemacht werden. Wie die Militärische Rundschau meldet, dürfte die von der Kriegsverwaltung in Anspruch zu nehmende Erhöhung des Rekrutenkontingents innerhalb der Ziffer von 36 000 bis 40 000 Mann sich bewegen, von denen etwa 20 000 Mann auf das Heer, 2000 auf die Kriegsmarine und je 8000 auf die beiden Landwehren entfallen. Das Blatt sagt weiter: Aus den weitreichenden Maßnahmen der europäischen Großmächte zur Verstärkung ihrer Streitkräfte ergibt sich für die Monarchie ein durch Selbsterhaltung diktiertes Gebot, in der militärischen Ausgestaltung auch wenigstens so weit zu gehen, daß die Qualität und die Kriegsbereitschaft unserer Wehrmacht tunlichst den gleichen Verhältnissen der anderen Staaten entspreche.

So treibt die deutsche Militärverwaltung die französische, die österreichische, die russische, und so weiter!

### Frankreich.

Die Annahme des Dreijahresgesetzes. Der Senat hat die entscheidenden Paragraphen der Militärvorlage, welche die dreijährige Dienstzeit festsetzen, angenommen. Ebenso die Bestimmung über die Einstellung der Zwanzigjährigen. Damit sind die Streitpunkte entschieden, der Rest der Vorlage wird zu Kämpfen keinen Anlaß mehr geben. Die dreijährige Dienstzeit ist Gesetz.

### China.

Der Bürgerkrieg. Aus Hongkong wird gemeldet: Die tantonnesischen Truppen in Janton meuterten und töteten den Befehlshaber. Die Unabgängigkeits-Proklamation Kantons wurde darauf aufgehoben. Ein Kapitän ist als Nachfolger Tchangmingwings zum Generalgouverneur ernannt worden. Die Einwohner drücken ihre Freude über dieses Ereignis lebhaft aus. Tchangmingwing verließ in Verkleidung Kanton und begab sich auf einem englischen Dampfer nach Hongkong.

### Kleine politische Nachrichten.

Die Dementierkäse der deutschen Regierung haben alle Hände voll zu tun, so bekämpfen sie zunächst die Richtigkeit der Meldung, daß ein fliegendes Auslandsgeschwader errichtet werden soll. Außerdem wird in Abrede gestellt, daß der Generalstabschef auf die Ernennung des neuen Kriegsministers Einfluß ausgeübt habe. Solche Dementis sind billig wie Brombeeren.

Vom Eisenmarkt. In der Sitzung der Vereinigung der rheinisch-westfälischen Eisenwerke wurde festgestellt, daß die auf dem Stabeisenmarkt eingetretene Belebung sich auch auf den Bandstahlmarkt ausgedehnt hat. Im Auslande haben die Preise bereits merklich anzuziehen begonnen. Im Inlande zeigt sich mehr und mehr, daß ein starker ungedeckter Bedarf vorhanden ist.

Die Macht der Konkurrenz. Infolge des Herabdrückens der Frachtsätze durch die Canadian Pacific Railway Company sind die Hamburg-Amerikaliner und österreichisch-ungarische Schiffsabteilungen gezwungen, ihre Sätze nach Amerika auf die Ueberfahrt im Zwischen-deck nach Kanada auf 6 Pfund Sterling herabzusetzen.

In Mailand herrscht ein Generalstreik. Seit fünf Tagen ist Mailand ohne elektrisches Licht, ohne Trambahn und ohne Wagen und Droschken. Bei verschiedenen Zusammenstößen sind bis jetzt 50 Menschen verwundet worden.

## Aus Westpreußen.

### Danzig.

Die Sozialdemokratische Partei Danzig hält am morgigen Mittwoch eine außerordentliche Mitgliederversammlung im Bürgergarten (Stieppuhn) Schidlich ab. Wir weisen darum noch einmal auf die Wichtigkeit der Versammlung hin. Zur Tagesordnung: „Der Parteitag in Jena“ werden die Tagesfragen, wie Massenstreik, die Stellung der Fraktion zu den Deckungsvorlagen, die Waisfeier usw. vom Referenten Genossen Gehl behandelt werden. Ehrenpflicht der Mitglieder ist es deshalb, diese wichtige Veranstaltung zu besuchen. Die Parteileitung.

### Zum bevorstehenden Kampf zwischen Ärzten und Krankenkassen.

Der bevorstehende sehr heftig werdende Kampf, der zwischen den Krankenkassen und den Ärzten wegen deren hohen Forderungen entbrennen wird, beschäftigt auch die zuständigen Reichsbehörden. Auf eine Anregung, den Paragraph 370 der Reichsversicherung

sicherungsordnung, hier anstatt der Krankenbehandlung und der ärztlichen Behandlung eine bare Leistung zuläßt, schon jetzt in Kraft zu setzen, antwortet der Reichskanzler in einer Verfügung, die den weiteren Instanzen zur Verteilung zugegangen ist:

Soweit die Krankenkassen in der Tat ohne eigenes Verschulden außerstande sein sollten, ihren Mitgliedern am 1. Januar 1914 die gesetzlich vorgeschriebene Versorgung mit ärztlicher Hilfe zu gewährleisten, müssen sie allerdings in der Lage sein, sofort das für diesen bedauerlichen Fall notwendige vorgegebene Hilfsmittel der Zubilligung eines erhöhten Krankengeldes anzuwenden; eine zeitliche Lücke, in der die Versicherten weder die ordnungsmäßige noch die außerordentliche Leistung ihrer Kasse zu erhalten vermögen, darf keinesfalls entstehen. Es ist daher geboten, daß alle Maßnahmen des Paragraph 370 a. a. O. schon rechtzeitig vor dem 1. Januar 1914 getroffen werden müssen, welche unmittelbare Anwendbarkeit seines materiellen Inhalts schon mit Beginn des 1. Januar 1914 sicherstellen. Hierzu bedarf es mindestens nach meiner Auffassung nicht des Erlasses einer kaiserlichen Verordnung der gebachten Art, vielmehr reichen dafür die bestehenden Vorschriften, insbesondere der Artikel 1 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsgesetzgebung, vollkommen aus. Die Vorschriften dieses Einführungsgesetzes haben das Ziel im Auge, daß in dem Augenblick, mit dem die Reichsversicherungsgesetzgebung voll in Kraft tritt, bereits ausnahmslos alle diejenigen Einrichtungen geschaffen und diejenigen Maßnahmen getroffen worden sind, ohne welche das Gesetz nicht funktionieren kann. Hierhin gehört, daß schon vor dem 1. Januar 1914 Organe vorhanden sein müssen, die für die Kasse die nötigen Beiträge mit den Ärzten abschließen können und, soweit möglich, auch abschließen. Hierhin gehört es aber in gleicher Weise auch, daß jene Organe da, wo sie Berträge mit Ärzten zu angemessenen Bedingungen nicht rechtzeitig abschließen können, und wo insfolgedessen die ärztliche Versorgung der Kassenmitglieder für den 1. Januar 1914 gefährdet ist, rechtzeitig vor dem bezeichneten Tage die erforderlichen Schritte tun, um wenigstens die im Paragraph 370 der Reichsversicherungsgesetzgebung zugelassene Ersatzleistung gewähren zu können, und daß die dabei beteiligten Behörden ebenfalls rechtzeitig ihre erforderlichen Entscheidungen treffen. Sowohl die prinzipiale Vertragschließung mit den Ärzten als auch die subsidiäre Erwirkung der Genehmigung des Oberverwaltungsamtes gemäß Paragraph 370 a. a. O. sind Maßnahmen zur Durchführung von Vorschriften der Reichsversicherungsgesetzgebung im Sinne des Artikels 1 ihres Einführungsgesetzes.“

Am Schlusse der Verfügung wird noch auf eine baldige Verständigung der Ämter und Kassen hingewiesen.

Die Verfügung des Reichskanzlers, die bereits Ende Juni dieses Jahres veröffentlicht wurde, acht jetzt erst den unteren Instanzen zu. Inzwischen sind bereits in einer Anzahl von Städten die zwischen Krankenkassen und Ärzten bestehenden Verträge gekündigt worden, da letztere auf der von ihrem Leipziger Verband geforderten Gruppeneinteilung der Kassenmitglieder bestehen.

Aus Stolp i. P. wird uns gemeldet, daß die dortige Ortskrankenkasse den Verzevvertrag ebenfalls kündigte, da keine Einigung zu erzielen war. Die am Orte bestehenden 13 Krankenkassen werden sich voraussichtlich diesem Vorgehen der Ortskrankenkasse anschließen.

Der jüngste Sproß am dünnen Strauch der bürgerlichen Jugendbewegung. Nach einer Meldung der bürgerlichen Presse hat der „Reichsverein zur Förderung deutscher Luft- und Flugschiffahrt“ eine Jugendabteilung eingerichtet, der man den Namen „Jugend-Flugwehr“ gegeben hat. Durch diese soll an Knaben vom 12. Lebensjahre ab theoretischer Unterricht in der Axiatik erteilt werden, dem vom 17. Jahre ab dann praktische Anweisung folgen soll. Selbstverständlich verfolgt diese neueste Gründung hurratriotische Zwecke, das äußere Kennzeichen dafür ist eine Uniform für die Jungen, die der militärischen Fliegeruniform nachgebildet ist. Es heißt über die Gründung:

„Der Reichsverein will damit dem Heere eine jederzeit verwendungsfähige, gut ausgebildete Fliegerreserve und dem Vaterlande ein Luftheer, auf das es mit Stolz zu blicken vermag, schaffen.“

In allen größeren Städten soll Propaganda für das neue Unternehmen entfaltet werden. Unsere Genossen und Genossinnen werden auch diesem Versuche, die Arbeiterjugend für die Interessen der herrschenden einzufangen, mit der erforderlichen Energie entgegenzutreten. Der Feind rastet nicht, im Fluge wähnt er nun sogar den Nachwuchs zu sich herüberzuziehen. Behüten wir diesen vor der militärischen Spielerei.

Eine neue Schule für Kneipab. Der Magistrat beantragt die Zustimmung der Stadtverordneten zu dem Plane, in Kneipab eine neue Gemeindeschule für Knaben und Mädchen mit 37 Klassen zu errichten. Die Kosten sind mit 751 000 Mark veranschlagt. Die Schule soll auf dem der Stadt gehörigen Grundstück, das zwischen Kneipab, der Weichsel und der neuen nach der Breitenbachbrücke zu führenden Straße in der Nähe der gegenwärtig dort stehenden Schulbaracken gelegen ist, errichtet werden.

Der Magistrat schreibt uns: An der Straße, die vom Englischen Damm nach der Breitenbach-Brücke führt, wird mit der Zufüllung der Festungsgräben an der niederen Front begonnen. Es ist beobachtet worden, daß dort besonders am Abend unbefugte Personen, namentlich Kinder, die eingespülten Sandmassen betreten. Wenn die Sandmassen auch fest zu sein scheinen, so ist das Betreten doch mit Lebensgefahr verbunden, da sehr leicht Nachrutschungen und Versackungen eintreten können. Es wird daher vor dem Betreten der aufgespülten Flächen nachdrücklich gewarnt.

Das Belegen von Plätzen in der 4. Wagenklasse ist nicht zulässig. Die Eisenbahnverwaltung hat eine besondere Ausführungsbestimmung zur Eisenbahnverkehrsordnung erlassen, die das Belegen von Plätzen in der 4. Wagenklasse für unzulässig erklärt, selbst da, wo Sitzbänke ausreichend vorhanden sind.

Am Artushof wurde die Witwe Ementowski von der elektrischen Bahn angefahren. Die Frau erlitt eine Kopfverletzung.

Von einer Schaulust fiel auf dem Dominikplatz ein neunjähriger Knabe. Mit einem gebrochenen Arm brachte man das Kind ins städtische Krankenhaus.









Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

## Das rote Finnland.

In dem Großherzogtum Finnland fanden die Landtagswahlen statt. Sie ergaben folgenden Bestand des neuen Landtages: 90 Sozialdemokraten, 38 Altfinnen, 29 Jungfinnen, 25 Schweden, 28 Agrarier. Im Vergleich mit den Wahlen 1911 gewannen die Sozialisten vier neue Sitze, die Jungfinnen einen, die Agrarier zwei, die Altfinnen verloren fünf, die Schweden einen, die Christlichen Arbeiter einen Sitz; letztere sind infolgedessen ganz aus dem Landtag verdrängt.

## Vom Krupp-Prozeß.

(Schluß.)

### Die Vernehmung der Direktoren.

Am Sonnabend, dem Dritten Verhandlungstage, legte vor Eintritt in die Verhandlung der Zeuge Brandt ein ärztliches Zeugnis vor, nach dem seine Frau am Freitag Abend völlig zusammengebrochen ist und erst in 48 Stunden wieder vernunftfähig sei. Weiter wurde ein Schreiben des Rechtsanwalts Dr. Löwenstein vorgelesen, in dem dieser mitteilt, daß er Frau Brandt geraten habe, ihre verweigerte Aussage über eine etwaige Beeinflussung ihres Mannes nunmehr abzugeben. Er habe ihr übrigens früher im Hinblick darauf, daß einige der Angeklagten ihren Mann nach dessen Haftentlassung in seiner Wohnung in Rahnsdorf besucht haben, auf Befragen gesagt, sie möge sich streng an die Wahrheit halten; sie könne aber die Beantwortung von Fragen ablehnen, von denen sie befürchte, daß daraus ihrem Manne Nachteile erwachsen müßten.

Der Verhandlungsleiter und auch der Vertreter der Anklage gingen auf Grund dieses Schreibens nunmehr sehr vorwurfsvoll gegen die Angeklagten vor, die bei ihrer Vernehmung über diesen Besuch hätten Mitteilung machen sollen. — Zeuge Brandt erklärte, er habe mit dem Zeugen Dr. Hinst einmal einen Ausflug nach dem Müggelsee unternommen. Dabei seien sie bei Rahnsdorf vorbeigekommen und Hinst habe vorgeschlagen, Frau Brandt zu besuchen. Beide hätten damals noch nicht gewußt, daß Brandt aus der Untersuchungshaft entlassen war. Der Besuch war aber Frau Brandt sehr unangenehm, weil sie befürchten mußte, daß Brandt beobachtet würde und wegen des Besuches nochmals in Haft genommen werden könnte. Sie haben nur über gleichgültige Dinge gesprochen. Ähnlich äußerte sich der Angeklagte Hinst über den Besuch. Beide hätten übrigens ihre Verteidiger hierüber nicht im Unklaren gelassen, und diese hätten durch Handbewegung ihnen zu verstehen gegeben,

hierüber zu schweigen,

da dies nicht zur Sache gehöre. — Die Verteidiger erklärten dies als ein Mißverständnis. — Die Angeklagten Hoge und Pfeiffer sind mit Frau Brandt nicht in Berührung getreten. — Der Anklagevertreter behauptete im weiteren Verlauf der Verhandlungen, daß nicht nur von den militärischen Angeklagten Beeinflussungen vorgenommen worden seien. — Der Angeklagte Lillan gab hierauf noch die Erklärung ab, daß auch er einmal Frau Brandt besucht habe, um sich nach ihrem Befinden zu erkundigen. Er habe hier-

über geschwiegen, weil er glaubte, die Vernehmung habe sich nur auf die Zeit nach Brandts Entlassung bezogen. Der Besuch habe aber vorher stattgefunden. Ueber die Affäre sei darüber nicht gesprochen worden. — Zeuge Brandt erklärte noch auf Befragen: andere, insbesondere Zivilpersonen, seien an ihn nicht herangetreten.

Hierauf wurde Direktor Uccius von der Firma Krupp in Essen als Zeuge vernommen. Er sagte aus, Brandt sei hauptsächlich von Essen nach Berlin veretzt worden, weil der damalige Berliner Vertreter von Schüh die Firma Krupp nicht genügend über bevorstehende Lieferungen unterrichtet habe. Brandt habe jedoch stets versichert, daß er unlautere Mittel nicht anwende und keinerlei Bestechungen begehre. Es sei für die Firma Krupp wichtig gewesen, die Konkurrenzpreise der Kontrolle halber zu erfahren. In der Hauptsache werden die Preise nach den Herstellungskosten berechnet. Der Zeuge bemerkt auf Befragen, daß gegen ihn auch in dieser Angelegenheit ein Strafverfahren schwebt. Dann bekundete er weiter, er habe einige „Kornwälder“, die Brandt geschickt hatte, gelesen und nicht entdecken können, daß sie etwas enthalten, was auf unrechtmäßige Art erlangt worden sei. Verteidiger Dr. Ulrich: Sind Sie der Ansicht, daß die Konkurrenz ebenfalls bemüht ist, die Preise anderer Firmen zu erfahren? — Vertreter der Anklage: In einer Zuschrift ihres Verteidigers, Justizrat von Gordon, haben Sie geäußert, andere Firmen erhalten

### selbst von höheren Militärbeamten

Kenntnis über die Preise ihrer Konkurrenz. Womit begründen Sie diese Äußerung? — Zeuge: Eine Begründung kann ich nicht geben, ich habe aber diese Überzeugung. Die Konkurrenz kennt genau die Preise der Firma Krupp. — Vertreter der Anklage: Halten Sie es nicht für möglich, daß nicht bloß bei den Militärbehörden, sondern auch bei der Firma Krupp neben der geschäftlichen Spionage eine politische Spionage im Interesse einer fremden Macht stattfindet? Es ist doch für eine fremde Macht von Wichtigkeit, zu erfahren, welches Kriegsmaterial geliefert worden ist und welche Waffenkonstruktionen vorhanden sind. Bei der Firma Krupp sind doch zweifellos im Geheimen viele derartige Sachen vorhanden. — Zeuge: Die Möglichkeit gebe ich zu. Der Zeuge sagte weiter aus, die „Kornwälder“ stellten Nachrichten dar, die nicht das Ergebnis offizieller Gespräche mit militärischen Persönlichkeiten waren, sondern vielmehr Nachrichtenmaterial enthielten, das auf andere Weise gesammelt worden war. Der Zeuge habe nur gewußt, daß die „Kornwälder“ von Brandt stammten; er habe aber keine Kenntnis davon gehabt, wie dieser sie erlangt hat. Auf die Frage des Verhandlungsleiters, ob in den Berichten, die Brandt geliefert hatte, geheime Sachen enthalten waren, antwortete der Zeuge, daß das Bureau offiziell manchmal noch weit geheimere Sachen lieferte, als Brandt. Die informatorische Tätigkeit zur Erlangung der Konkurrenzpreise sei für Krupp im Jahre 1905 notwendig geworden, als im Reichstage sich eine lebhafte Debatte über die

### angebl. hohen Preise Krupps für Kriegsmaterial

entwickelt hatte. Der Zeuge hat sich keine Bedenken darüber gemacht, ob die Berichte etwa auf unrechtmäßige Weise gewonnen sein können; es komme doch auch bei anderen Behörden vor; daß mittlerer Beamte geschäftliche Auskünfte wichtiger Natur geben. In keinem Falle habe aber Krupp seine Preise auf Grund der „Kornwälder“ geändert.

Der folgende Zeuge ist der Direktor Draeger. Er bekundete, es schwebte auch gegen ihn ein Strafverfahren; es sei ihm aber von

autoritativer Seite gesagt worden, daß eine Anklage gegen ihn nicht erhoben werden solle. Brandt habe wiederholt versichert, daß er keine unlauteren Mittel anwende und keine Bestechungen begehre. Auf die Frage eines Verteidigers, ob der Zeuge einmal geäußert habe,

es sei ihm möglich gewesen, auch von höheren Beamten dieselben Nachrichten

zu erhalten, antwortete dieser, er habe selbstverständlich nur auf legalem Wege Nachrichten erhalten können. Er sei in Berlin Beamter der Firma Krupp gewesen, um den Verkehr zwischen der Firma und den Behörden aufrecht zu erhalten. Er habe die Konkurrenzpreise niemals erfahren können, er müsse aber sagen, daß die Kenntnis der Konkurrenzpreise der Heeresverwaltung nicht nur nicht Schaden zufügen konnte, sondern im Gegenteil im Interesse der Heeresverwaltung liegen würde. Die Firma habe auch schon früher, noch ehe eine Konkurrenz bestand, die Preise oftmals herabgesetzt, da sich die Preise in der Hauptsache nach den Herstellungskosten richten. Zeuge Draeger bekundete auch, Brandt sei ein sehr tüchtiger, fleißiger und zuverlässiger Beamter gewesen.

Dr. med. Wangemann erklärte, er habe Brandt an einer schweren Kopfverletzung behandelt. Brandt habe durch die Verletzung eine Gehirnerschütterung davongetragen, die er im Alter als Nervenschwäche bezeichnet habe. Brandt leide infolge des Unfalls stark an Gedächtnisschwäche.

Direktor Routh von der Firma Krupp: Brandt sei in der Hauptsache nach Berlin veretzt worden, weil der damalige Berliner Vertreter von Schüh über bevorstehende Lieferungen zu wenig berichtet habe. Es sei für die Firma Krupp von größter Bedeutung, so früh als möglich, wenn anständig schon Monate vorher,

### von bevorstehenden Lieferungen zu erfahren.

Brandt war ein sehr tüchtiger Beamter, der in allem, auch im Technischen, genau Bescheid wußte. Selbstverständlich habe die Direktion ihm gesagt, er dürfe niemals zur Erlangung von Nachrichten unlautere Mittel, ganz besonders nicht Bestechungen anwenden. — Vertreter der Anklage: Wenn eine Firma von der Bedeutung Krupps über Lieferungen etwas erfahren will, so braucht sie das doch nicht auf Hintertreppen zu erfahren. Das wird ihr doch offiziell mitgeteilt werden. — Zeuge: Das ist richtig. Wenn man aber nicht weiß, daß eine Lieferung bevorsteht, so neue Dinge vorzukommen, kann man doch nicht lässlich oder allwöchentlich zu den Behörden gehen und fragen: Haben Sie Aufträge für mich?

In der Nachmittags Sitzung bekundeten Handelsbevollmächtigter v. Demitz und Bureauvorsteher Grunwald (Essen), die Kenntnis der Konkurrenzpreise habe der Firma Krupp niemals beantragt gegeben, eine Preisänderung zu machen. Der Vertreter der Anklagebehörde sucht unter Vorbehalt eines Schriftstücks, das im Krupp'schen Bureau beschlagnahmt worden ist, nachzuweisen, daß doch wohl das rechtzittige Eintreffen der „Kornwälder“ bei der Preisfestsetzung eine erhebliche Rolle gespielt hat. — Direktor Rausenberger (Essen) sagte aus, Brandt habe sehr wertvolle Sachen geliefert; das wisse sei in Essen bereits bekannt gewesen. Interesse für Krupp habe nur die Kenntnis der Beschaffenheit des Materials der Konkurrenz. Im übrigen habe die Behörde vor der Firma Krupp

### gar nicht so geheimnisvoll getan.

Vor einiger Zeit fanden auf dem Schießplatz bei Köln einige Schießversuche mit neuen Geschützen statt. Zu diesen Versuchen wurde ein Vertreter der Firma Krupp offiziell zugezogen. Die

## Kleines Feuilleton.

### Verchenpüree und Hundefilet.

Im Berliner Tageblatt erzählt ein Feuilletonist:

Als ich vor einigen Tagen eines unserer ersten Delikatessengeschäfte betrat, da fand ich dort, in Weißblechdosen fein säuberlich verpackt, ein neues Gericht „Verchenpüree“, die neueste Delikatesserie der Saison. Eine große Pastetenfabrik stellt diese Delikatesserie her und unsere ersten Geschäfte vertreiben sie!

Die Verchen, die über den Feldern Deutschlands ihr letztes Tiril jubelten, um dann über Italien hinweg nach dem Süden zu ziehen, enden zu Tausenden in den Reben italienischer Vogelsteller. Bisher war diese Vogelmörderei eine italienische Schmach — jetzt hat auch Deutschland seinen Teil daran. Eine deutsche Pastetenfabrik kauft die gelöteten Frühlingshoten, verarbeitet sie, und deutsche Feinschmeder verzehren die „schmackhafte Delikatesserie.“

Als man jüngst las, daß sich in Thüringen nahe Waldeute dann und wann einen Star fangen und sich Sonntags an „Star mit Kloß“ göttlich tun, da reizte diese Kostkunst eher zum Lachen als zur Entrüstung. Vor den Schaufenstern der Delikatessengeschäfte aber, in denen sich die Dosen mit der Aufschrift „Verchenpüree“ in peinlich geordneten Pyramiden türmen, verstummt das Lachen. Nicht weil es dort Stare, hier Verchen sind, auch nicht, weil dort einige Stare, hier aber viele tausende Verchen getötet wurden. Die Vernichtung von Singvögeln im kleinen wie im großen wird jeder bekämpfen wissen wollen, dessen Interessen nicht nur im Pfaster der geschäftsmachenden Stadt wurzeln. Die Frage des Vogelstuhles, so wichtig sie ist und so viel dringender sie angesichts solcher Erscheinungen wird, tritt aber zurück vor der sozialen Bedeutung dieser Erscheinungen. Die Thüringer Waldeute braten sich ihren Star, weil sie so wenig Geld haben, sich Fleisch zu kaufen. Es sind Leute vom Schlage der Frau Seiser in Rosenows Kater Lampe, die sich und ihren Mann wegen des Kaffeeschmaus so verteidigt: „Des könnt ihr Kartuffelbauern euch lieberhaupt emal merken: Wenn ihr euren Koll'zeier bloß zweifl Meigroschen den Dag gebt, so dürft ihr ihm nicht Ehbare in Verwahrung geben!“ In den Thüringer Walddörfern, bei den Spielzeugschneidern, den Griffelmachern, den Glasbläsern, den Korbschlethern brodelt so selten Fleisch im Topf, und da so nah am Hause pfeift der schönste Starenbraten. Was Wunder, wenn da der knurrende Magen die innigsten Starenlieder überläßt. Die Feinschmeder von Berlin-Westen aber schlecken Verchenpüree, weil sie zu viel Geld haben, so viel, daß sie nicht wissen, wohin damit. Die reichen Schlemmer im alten Rom lösten Verlen auf und schluckten das — nicht, weil es den Gaumen kitzelte, nein, nur und nur, weil es teuer genug war, um nur dem Reichtum gestattet zu sein. Nachtigallenzungen, Pfauengehirne, Perlentropfen waren die Kostbarkeiten der reichen Römerkaiser. Der goldprobende Galtgeber des zwanzigsten Jahrhunderts serviert Verchenpüree. Das ist die Parallele.

Fast zur selben Zeit, da die Kommiss der Delikatessengeschäfte die Verchenpüreedosen als Neuheit der Saison in die Schaufenster stellen, bestärkt die amtliche Statistik von neuem, daß die Hundeschlachtungen in Deutschland erschreckend zunehmen. Und jeder, der die Dinge kennt, weiß, daß mancher Kato oder Nettel in der Pfanne eines armen Teufels schmort, ohne daß die amtliche Statistik davon

erfährt. Wer zählt die „zugelaufenen“ Hunde, die vielleicht schon im eigenen Fette braten, noch ehe das „Frauchen“, auf dessen Ruf der Braten bei Lebzeiten hörte, das Insekt „Entlaufen ist . . .“ geschrieben hat. Nicht alle Hundeschleierhaber aus Not warten so geduldig wie der alte Baumert in Hauptmanns Webern, der den Ami, das „nette, bettelich Hund!“ schachtete, „bis een wieder amal aso a Hundt zulaufft“, dem „das kommt ni' ofte vor im Leben“. Nicht umsonst wurden einmal im Dresdener Anzeiger jedem zwanzig Mark Belohnung zugesichert, der die Diebe entdecken helfen würde, die „in letzter Zeit häufig größere Hunde, wahrscheinlich zu Schlachtzwecken, wegsangen“. So riskiert vielleicht mancher arme Teufel, als Dieb erwischt und bestraft zu werden, nicht, weil er die Hand nach den aufgestapelten Reichtümern anderer ausstreckte, nein, nur weil er seinen knurrenden Magen mit einem Hundebrotchen erfreuen wollte, weil ihn die Not das als ledernen Genuß schätzen und begehren lehrte, was die anderen auf der Sonnenseite des Lebens mit Etzel von sich weisen würden. Ja, er muß vor seinem Hundefilet noch froh sein, daß es ihm nicht so schlecht geht wie jenen Bergarbeitern eines schlesischen Dorfes, die den Kadaver eines krepierenden Pferdes, anstatt ihn zu verscharren, nach Hause schleppen und das halbfaule Fleisch heißhungerig unter sich verteilen, um dann als Diebe bestraft zu werden. An all diese Vorgänge, deren Schilderungen dicke Sammelmappen füllen, muß man sich erinnern, um die blutige Ironie, gemildert durch den sächsischen Dialekt, aus den Versen herauszuhören, die dieser Tage ein Lokalbildner in der Leipziger Volkszeitung zum Lobe des Hundebrotchens sang:

Der Unterschied seh' ich nicht ein,  
Bloß daß de Ribbchen gärzer sein,  
Denn Schabe und Hund sein, wie begaund,  
Sehr nahe in Beschmack verwandt.  
Hund diend ooch nich der Gaumenlust,  
Is nielmehr sehr gut fer de Sent,  
Un aus ä äldern, fedden Mobs  
Erzield mer Genigsberger Globs.

Hundefilet und Verchenpüree — diese zwei Worte flankieren eine Welt, in der Millionen hungern und darben, in der Tausende von Kindern hungrig zur Schule gehen, in der Kinder und Frauen dichtgedrängt vierzehn Stunden lang vor der Freibank harren, um in frühester Morgenstunde ein Pfund minderwertiges Fleisch zu ergattern, während eine Handvoll prassender Drohnen nicht weiß, wohin mit dem Reichtum, den die Hände der Hungernden erschaffen.

Semne hat recht: Jeder Blick in die Welt geist Satire! E. H.

## Nah und Fern.

Schwarze Schiffskatastrophe. Vor Swinemünde kenterte infolge einer Sturmböe das Motor-Segelboot Friedrich Karl, das mit 24 Personen besetzt war. Von den Insassen konnten nur fünf n gerettet werden. Unter den Badegästen am Strande, die Augenzeugen des Unglücks waren, entstand eine furchtbare Panik. Das Konzert der Kaiserkapelle auf der Seebühne wurde sofort abgebrochen. Vom Ufer aus war das Unglück, das sich nur 500 Meter vom Strande ereignete, bemerkt worden. Man alarmierte die dort liegenden Schiffe, die rasch ihre Boote klar machten und nach der Unfallstelle fuhren. Es gelang nach und nach, sieben Per-

sonen in die Boote aufzunehmen. Von diesen waren vier bereits bestimmungslos. Alle weiteren Rettungsversuche waren leider erfolglos.

Schreckenstag im religiösen Wahnsinn. Die grauenhafte Tat eines religiös wahnsinnigen Geschwisterpaares hat sich in Abignon (Südfrankreich) zugetragen. Ein gewisser Marius Julien und dessen siebzehnjährige Schwester schlugen dort eine jüngere Schwester Julie mit Knütteln tot, um den bösen Geist zu vertreiben. Darauf gingen die beiden Täter zu einem Pfarrer, dem sie die Tat mitteilten. Die ganze Familie war seit langem von religiösem Wahnsinn befallen.

Die eghumierten Pfischschuhe. In einem Dorfe des Kreises Meiningen hatte die Totenfrau dem verstorbenen alten Herrn des Hauses ohne Wissen der Kinder die Pfischschuhe der Schwiegertochter mit auf die letzte Reise gegeben. Einige Tage nach der Beerdigung werden die Schuhe vermisst. Als die Totenfrau eingestuft, die Schuhe dem alten Herrn, der übrigens bei der Schwiegertochter geachtet und beliebt war, angezogen zu haben, besteht die Schwiegertochter auf Öffnung des Grabes und Entziehung der Schuhe. Der Totengräber öffnet das Grab und zieht dem Schwiegervater die Schuhe aus, damit die Schwiegertochter ihm nicht bald ins Grab nachzufolgen brauche. Für das Jahr 1913 gewiß eine anständige Leistung des Aberglaubens!

Der Tod in den Alpen. Auf dem Montblanc verunglückte der Führer Rieder aus Cooleme drei Stunden unterhalb des Gipfels dadurch, daß er von einem herabfallenden Eisblock erschlagen und in eine Gletscherpalte geschleudert wurde. Ein zweiter Führer, Gaudin, wurde ein Stück mitgerissen, konnte sich aber freimachen und die Leiche Rieders auffinden, deren Bergung dann erfolgte.

Erdbebenkatastrophe in Südamerika. Wie aus Lima (Peru) gemeldet wird, hat ein starkes Erdbeben, das nachts um 12 Uhr mit besonderer Heftigkeit auftrat, schweren Schaden in Südpenn anrichtet. Die Städte Caraveli und Quicacha sind völlig zerstört worden. Der Bevölkerung bemächtigte sich beim ersten Auftreten der Erschütterungen großer Schrecken, und alles eilte auf die Straßen. Nur diesem Umstande ist es zu danken, daß die Verluste an Menschenleben verhältnismäßig gering sind. Ueber die Zahl der Opfer liegen genaue Ziffern nicht vor.

Typhusepidemie am Genfer See. In Bevey am Genfer See herrscht zurzeit eine Typhusepidemie. Es sind bis gegen hundert Erkrankungen vorgekommen. Einige der Erkrankten sind gestorben.

Dauerchlaf. In Gehrden in der Provinz Sachsen verfiel vor vierzehn Tagen der Forstgehilfe Blumenthal in einen Dauerchlaf, von welchem er trotz der Bemühungen erster Ärzte nur mitunter für kurze Zeit zu einem Dämmerschlaf erwachte. Er ist jetzt der Krankheit erlegen; die Ärzte stehen vor einem Rätsel.

Entwähene Fremdenlegation. Mit dem Dampfer Samos trafen in Hamburg vier defektierte deutsche Flüchtlinge von der Fremdenlegation ein. Sie waren auf dem Transport von Drau nach Tonfin im Suezkanal über Bord gesprungen und hatten dann die Hilfe des deutschen Konsuls angerufen, der für ihre Weiterbeförderung sorgte. Drei von ihnen sind Bauarbeiter, der vierte ist Bergmann.



Firma hatte infolge dessen bedeutend früher von dem Ergebnis der Schiedsverhandlung Kenntnis als die Feldzeugmeister. — Major Kirchhofer erklärte, er war früher im Kriegsministerium. Obwohl er sehr vorsichtig war, habe er es für möglich, daß ein Unbefugter Einsicht und Abschriften von den Akten nehmen konnte. Er gab allerdings auch die Möglichkeit zu, daß durch Fahrlässigkeit Geheimnisse aus dem Kriegsministerium in die Öffentlichkeit gekommen seien. Der Angeklagte Pfeiffer sei ein sehr tüchtiger und zuverlässiger Beamter, bei dem er niemals was Unrechtes vermutet hätte. — Einige Rechnungsprüfer aus dem Kriegsministerium gaben ebenfalls die Möglichkeit zu, daß durch Fahrlässigkeit Dinge aus dem Kriegsministerium in die Öffentlichkeit gelangt seien. Behelmer Rechnungsprüfer berichtete über eine Unterhaltung zwischen Brandt und dem Angeklagten Pfeiffer über den Unterschied von Kanonengroß und Hauptgroß.

Eine längere Erörterung fand darauf über den geheimen Charakter der Forberungszeitel und des Bestellbuchs statt. Der Angeklagte Droese erklärte, daß er sich, als er noch Beamter war, für befugt erachtet habe, diese Dinge mit nach Hause zu nehmen. Er war krank und hatte die Erlaubnis, zu Hause zu arbeiten. Ohne die Forberungszeitel und das Bestellbuch hätte er aber nicht arbeiten können. — Angeklagter Hoge bemerkte hierzu noch, die Forberungszeitel konnte jeder, der Berechtigung für die Feldzeugmeister habe, einsehen. — Hauptmann Eberling bestritt das und sagte, die Forberungszeitel und das Bestellbuch seien im militärischen Interesse streng geheim zu halten. — Hauptmann von Ellert bestätigte dieses Gutachten.

Da nun einige geheime „Kornwälder“ zur Erörterung kommen sollten, wurde die Öffentlichkeit bei der weiteren Verhandlung ausgeschlossen.

#### Das Ende der Beweisaufnahme.

Am Montag, dem vierten Verhandlungstage, war beim Zeugenaussagen die Frau Brandt wieder nicht erschienen, da sie nach einem ärztlichen Attest nur unter ärztlicher Begleitung und im Automobil im Gerichtssaal erscheinen könne. Das Gericht sprach aus, daß die Zeugin zu erscheinen habe. — Auf ein Schreiben des Zeugen Ruff, in dem dieser sich gegen die Behauptung wendet, er sei in eine Unternehmung wegen Spionage verwickelt, bemerkte der Vertreter der Anklage, Talschewski, daß gegen Ruff ebenso wie gegen Direktor Eccius und gegen Generaldirektor Dr. Dreger ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft schwebt. Dann wurde über den Kornwälder Nr. 10 verhandelt, den Indendantsekretär Pfeiffer geleitet haben soll. Pfeiffer bestritt dies. Mehrere Sachverständige bezeugten, daß der Bericht nur vom Kriegsministerium aus an Brandt gerichtet sein könne. — Einige „Kornwälder“ wurden dann in geheimer Sitzung erörtert.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wurde Landgerichtsrat Dr. Weyel vernommen, der fernerseit die Beschlagnahme bei Krupp in Essen vorgenommen und auch die Vernehmung Brandts geleitet hatte. Er sagte aus, daß nach seiner Ansicht die Herren in Essen bei der Firma Krupp

#### von seinem Eintreffen völlig überrascht

wären. Er habe auch den Eindruck gewonnen, daß die Firma über sein Kommen vorher nicht orientiert war, da sonst die beschlagnahmten „Kornwälder“ wohl befristet worden wären. Er habe alle Papiere ausgehändigt erhalten, für die er Interesse hatte. Brandt habe auf ihn wohl einen gebrochenen, aber durchaus glaubwürdigen Eindruck gemacht und er habe sofort gefast, daß er der Hauptschuldige sei. Brandt wollte keineswegs andere unnötig belasten. Der Zeuge sagt weiter aus, er sei erstaunt gewesen, als er gesehen habe, Brandt habe eine Kopfverletzung erlitten und sich eine Gehirn-erkrankung zugezogen, so daß er jetzt an Gedächtnisschwäche leide. Das sei bei den vielen Vernehmungen, die er mit Brandt gehabt, in keiner Weise hervorgetreten. — Landrichter Dr. Meyner schloß sich dieser Bekundung vollinhaltlich an. — Direktor Dreger bemerkte auf eine Frage, er habe es allerdings als eine Dummheit bezeichnet, daß Brandt die „Kornwälder“ aufgehoben und sich davon Notizen gemacht habe.

Auf Ersuchen des Verhandlungsführers äußerte sich hierauf Oberstleutnant Jung vom Kriegsministerium über das

#### Verhältnis der Heeresverwaltung zur Firma Krupp.

Er bezeichnet es als falsch, daß Oberst von Brandt einmal als Zeuge geäußert haben soll, zwischen Krupp und der Heeresverwaltung gebe es kein Geheimnis. In artilleerischer Beziehung gibt es allerdings bis zu einer gewissen Grenze kein Geheimnis, da Krupp Lieferant der artilleerischen Sachen ist. Im übrigen gibt es aber eine große Zahl von Dingen, die auch vor Krupp streng geheim zu halten sind, u. a. auch die Konkurrenzpreise, da die Firmen es der Heeresverwaltung zur Pflicht machen, strenges Stillschweigen hierüber zu bewahren. Das sei auch stets geschehen. Ob die Heeresverwaltung durch Verrat der Konkurrenzpreise Schaden hat, läßt sich nicht ohne weiteres sagen. Wenn eine Firma infolge Kenntnis der Konkurrenzpreise ihre Preise herabsetzt, so hat die Heeresverwaltung natürlich Vorteil, die Lieferanten machen aber schon ohnedies keine zu hohen Preise, da sie sonst Gefahr laufen, bei der Ausschreibung auszufallen. Gänzlich ausgeschlossen könne allerdings ein Lieferant nicht werden, da er ja die Last auf sich nehmen müsse, auch in Friedenszeiten einen Stamm von Arbeitern zu halten, um die nötigen Einrichtungen zu unterhalten und um in Kriegzeiten den Bedarf schnellzeitig decken zu können. — Auf Befragen des Verhandlungsführers, ob die Heeresverwaltung durch

#### Verrat der Konkurrenzpreise

von einer Firma erspäht gemacht werden konnte, bemerkte der Sachverständige, daß er diese juristische Frage ebenfalls nur ohne weiteres beantworten könne. Der große Verrat der „Kornwälder“ war geheim zu halten, und die Angeklagten waren nicht befugt, derartige Mitteilungen an Brandt zu machen. — Hierauf wurden die Sachverständigen vereidigt.

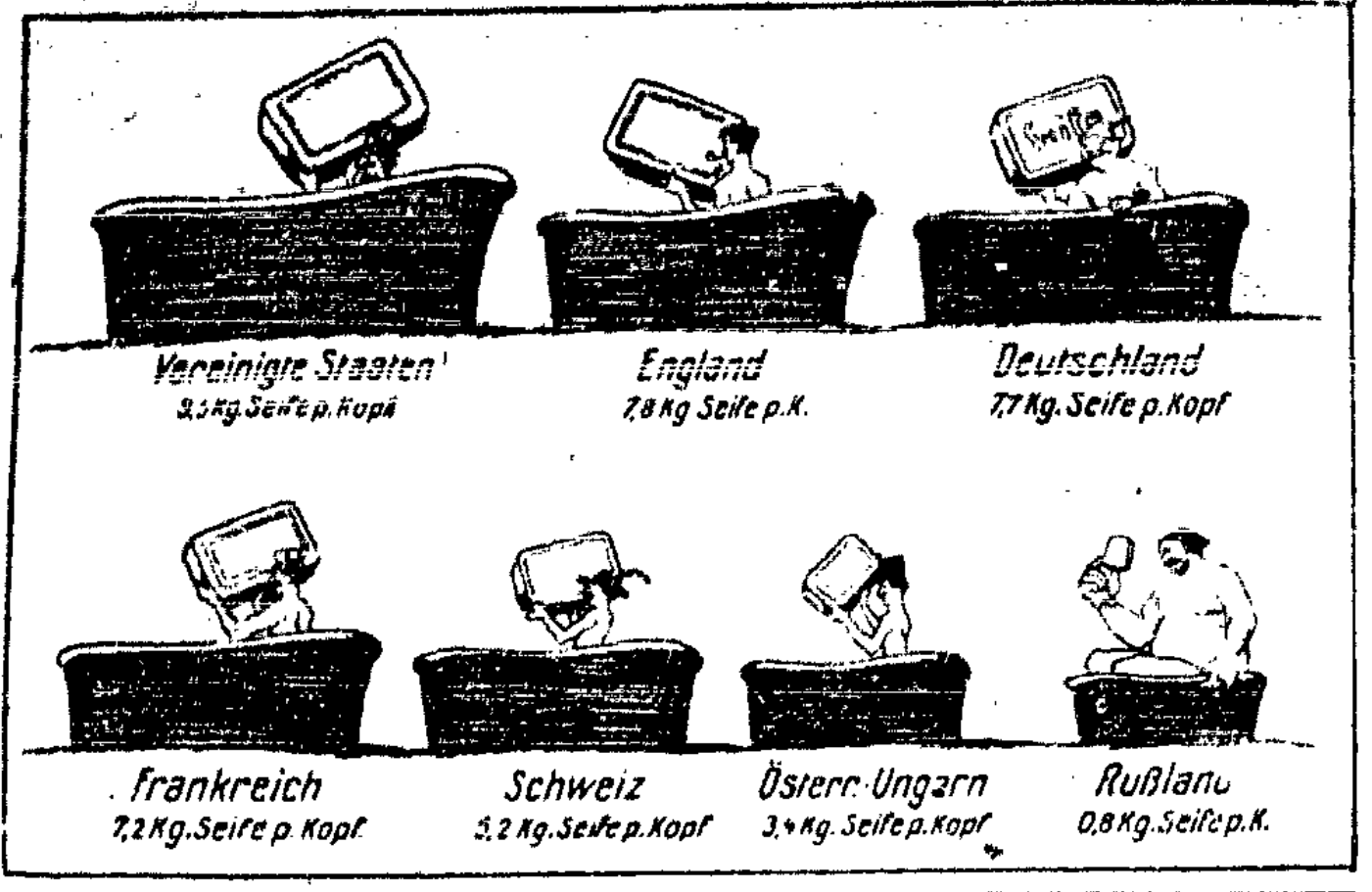
In der Nachmittags-Sitzung wurde Frau Brandt als Zeugin vernommen. Diese bezeugte: Die Angeklagten Tilian, Hinst und Schleuder, letztere beiden in Begleitung ihres Mannes, der schon damals entlassen war, haben sie damals in Radstadt besucht. Es ist aber von keiner Seite der Versuch unternommen worden, die Auslagen ihres Mannes in irgend einer Weise zu beeinflussen. Die Zeugin wurde daraufhin vereidigt; die Zeugen von Demay, Eccius, Dreger und Brandt, gegen die ein Strafverfahren schwebt, wurden nicht vereidigt.

#### Beweisaufnahme geschlossen

und der Vertreter der Anklage Kriegsgerichtsrat Dr. Well, machte in einer zweistündigen Rede die Schuld der Angeklagten nachzuweisen. Die Angeklagten hätten sich der passiven Beteiligung, des militärischen Angehörigens und des Verrats militärischer Geheimnisse im Sinne der Paragraphen 2 und 3 des Gesetzes vom 3. Juli 1893 schuldig gemacht. Es sei dabei nicht erforderlich, daß sie die Akten hätten, Landesverrat zu begehen. Sie müßten aber mit der Möglichkeit rechnen, daß ihre Mitteilungen einer fremden Macht bekannt werden, zumal ihnen doch bekannt sein mußte, daß die Firma Krupp mit mehreren Militärräthen auswärtiger Staaten in Verbindung steht. Die Angeklagten haben ihre dienstliche Pflicht in unehrlicher Weise verletzt; sie haben das Ansehen des Staates und der höheren Verwaltung in argster Weise geschädigt und sie haben auch den preussischen Beamtenstand mit einem Makel beschmutzt. Es war bisher der Stolz des preussischen Staates, daß

## Der Verbrauch an Seife in den wichtigsten Kulturländern.

Erkennt man den Kulturzustand eines Volkes nach dem Quantum der pro Kopf der Bevölkerung in einem Jahre verbrauchten Seife, so steht, wie unsere heutige Statistik zeigt, die Einwohnerschaft der Vereinigten Staaten an der Spitze. Durchschnittlich verbraucht jeder Bewohner des Nordamerikas im Laufe des Jahres 9,5 Kilogramm Seife, während sein englischer Vetter es auf 7,8 Kilogramm bringt. Fast die gleiche Menge, nämlich 7,7 Kilogramm Seife benötigt jährlich der Deutsche, während sein französischer Nachbar es auf 7,2 Kilogramm jährlichen Seifenverbrauchs bringt. Der Schweizer verbraucht jährlich 5,2 Kilogramm Seife, der Österreicher 3,4 Kilogramm und der Russe ganze 0,8 Kilogramm.



seine Beamten unbestechlich seien. Das Schmiergeldrumwesen, das seit einiger Zeit leider in der Industrie eingerissen ist, ist auf den preussischen Beamtenkörper übergesprungen. Sache des Gerichtshofes werde es sein, durch hohe Strafen dafür zu sorgen, daß dieses Uebel nicht weiter um sich greift.

#### Die Strafanträge.

Er beantrage gegen Tilian und Schleuder 9 Monate Gefängnis und Dienstentlassung, gegen Hinst 8 Monate Gefängnis und Dienstentlassung, gegen Schmidt 6 Monate Gefängnis und Degradation, gegen Droese 3 Monate Gefängnis, gegen Hoge, der der einzige ist, der sich seine Finger durch Bestechungen nicht beschmutzt hat, 3 Monate Gefängnis und keine Dienstentlassung. Am schwersten habe sich zweifellos der Angeklagte Pfeiffer vergangen. Er habe seine hohe Vertrauensstellung, die er im Kriegsministerium bekleidete, aufs schändlichste mißbraucht. Gegen ihn beantrage er daher 1 Jahr Gefängnis und Amtsentzung. Die Unternehmungshaft habe bei allen Angeklagten nur sehr kurze Zeit gedauert und könne daher nicht angerechnet werden. Die erhaltenen Bestechungsgelder, wozu auch die von Brandt gezahlten Zechen gehören, seien von Staatswegen einzutreiben.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Wirth suchte für den Angeklagten Tilian in längerer Rede den Nachweis zu führen, daß

#### von einem zweiten „Panama“

keine Rede sein könne. Es seien in der Öffentlichkeit, besonders im Reichstag, arge Übertreibungen begangen worden. Sache des Gerichtshofes sei es, diese Übertreibungen auf das Entschiedenste zurückzuweisen. Dem Angeklagten Tilian sei höchstens militärischer Angehöriger nachzuweisen. Er habe sich sonst als anständiger Mann gezeigt. Der Verteidiger ersuchte, seinen Klienten nur zu Festung zu verurteilen und nicht auf Dienstentlassung zu erkennen. Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Ulrich suchte ebenfalls in längerer Rede nachzuweisen, daß arg übertrieben und daß seinen Klienten Droese und Hinst nur militärischer Angehöriger nachgewiesen worden sei. Von Verrat militärischer Geheimnisse könne keine Rede sein, da die Angeklagten der Meinung sein konnten, daß es für die Firma Krupp, die alle artilleerischen Arbeiten für den Staat ausführt, nicht nur kein Geheimnis geben, sondern diese Firma alle Geheimnisse kennen müsse. Er beantrage ebenfalls, die Angeklagten Droese und Hinst nur zu Festung zu verurteilen. —

Der letzte Tag des Krupp-Prozesses begann mit dem Plädoyer des Verteidigers

#### Rechtsanwalt Grassio.

Er schloß sich im wesentlichen den Ausführungen seiner Kollegen, die schon am Tage vorher gesprochen hatten, an. Auch er wandte sich dagegen, daß sich der Anklagevertreter lediglich auf die Aussage Brandts in der Voruntersuchung stützt. Er sei zudem der Ansicht, daß Brandt, wie dieser ja selbst angebeutet habe, längst nicht alles gesagt habe. Brandt habe es glänzend verstanden, aus den Angeklagten das herauszuholen, was für ihn wichtig war. Die Geschenke an die Angeklagten brauchten keine Bestechung zu sein; das seien Freundschafts- und Gelegenheitsgeschenke gewesen. Die Angeklagten brauchten auch nicht damit zu rechnen, daß irgend etwas von dem, was sie dem Brandt mitteilten, über den Kreis Brandts und der Firma Krupp hinausgeht. Sie brauchten vor allem den moralischen Schaden für das Ansehen der Armee nicht vorauszusetzen. Die Angeklagten sollen hier gemäßigter bestraft werden für das, was der Abgeordnete Liebknecht gemacht hat. Wenn die Sache nicht so herausgekommen wäre, wie sie herausgekommen ist, wenn sie bei der Kontrolle eines Vorgesetzten erdeckt worden wäre, so wäre niemand auf den Gedanken gekommen, daß hier eine Gefahr vorliegt.

Als letzter Verteidiger sprach

#### Rechtsanwalt Barnau

nach für die Angeklagten Hoge und Pfeiffer. Er suchte in eingehenden juristischen Ausführungen zu beweisen, daß eine Verurteilung der Angeklagten wegen Verstoß gegen das Spionagegesetz ausgeschlossen sei, und er suchte weiter nachzuweisen, daß bei Hoge nur einfacher Angehöriger in Frage komme. Bestechung liege bei Hoge nicht vor. Wegen einfacher Angehöriger aber könnte nur eine Verurteilung zu Stubenarrest in Betracht kommen. Ganz falsch habe der Anklagevertreter die Persönlichkeit des Angeklagten Pfeiffer beurteilt. Es sei wirklich nicht anzunehmen, daß sich ein Mann wie Pfeiffer durch ein ledeses Mittagmahl von 1 Mark bis 1,25 Mark, gewürzt mit zwei Glas Bier, hat breitschlagen lassen, einem Angestellten der Firma Krupp wichtige Geheimnisse anzuvertrauen. Wenn ein besser gestellter Mann gelegentlich mit einem langjährigen Freunde, der sich finanziell nicht so günstig sieht, zusammen zu Mittag isst und die Kosten bestreitet, so ist das wirklich nicht etwas, was gegen die Würdigkeit und gegen die Pflichten eines preussischen Beamten spricht. Rechtsanwalt Barnau schloß seine Ausführungen mit dem Antrag auf Freisprechung des Angeklagten Pfeiffer.

Nach einer Erwiderung des Anklagevertreters

#### Kriegsgerichtsrat Dr. Well,

indem er namentlich noch einmal betonte, daß es sich hier um die preussische Beamtenlehre handle und daß das Schicksal des preussischen Heeres rein bleiben müsse, sowie nach kurzer Replik des Verteidigers Rechtsanwalt Ulrich erhielten die Angeklagten das Schlusswort. Der Angeklagte Tilian erklärte nochmals, daß er für seine Mitteilungen von Brandt keine Zuwendungen erhalten habe. Der Angeklagte Schleuder betonte noch einmal mit Entschiedenheit, daß er niemals das Gefühl gehabt habe, daß Brandt das, was er von ihm

bekam, deshalb gab, weil er Auskünfte bekommen hatte. Der Angeklagte Hinst bat lediglich um ein gelindes Urteil. Der Angeklagte Schmidt hob hervor, er glaube nicht, daß sich unter den Mitteilungen, die er gemacht habe, solche befänden, deren Weitergabe hätte gefährlich sein können. Der Angeklagte Droese bat den Gerichtshof um Freisprechung. Der Angeklagte Hoge bezog sich auf sein Geständnis und der Angeklagte Pfeiffer blieb bei seiner Erklärung, daß er nichts Strafbares begangen habe.

Hierauf zog sich um 1 1/2 Uhr der Gerichtshof zu der Beratung zurück.

Nach fast dreistündiger Beratung erscheint in der sechsten Abendstunde der Gerichtshof wieder im Saale. Der Verhandlungsführer Kriegsgerichtsrat Dr. Coerrens teilt mit, daß ihm ein Telegramm aus Bagdad von einem dortigen Weingutsbesitzer zugegangen sei, in dem sich der Absender darüber beschwert, daß in der Verhandlung davon die Rede gewesen sei, daß in den Winzerstuben in Berlin die Weine nicht so gut seien wie anderwärts. Der Absender appelliert an die Loyalität des Verhandlungsführers, daß er diesen Vorwurf zurücknehme. Der Verhandlungsführer erklärt dazu: Soweit ich in Frage komme, muß ich gestehen, daß ich die Weine in den Winzerstuben nicht kenne. (Heiterkeit.) Wenn eine derartige Äußerung gefallen ist, so wollte ich mir darüber kein Urteil über die Güte der Weine in den Winzerstuben anmaßen. Ich will gern zugeben, daß die Weine dort gut sind.

Sodann verkündet der Verhandlungsführer folgendes

#### Urteil:

Der Angeklagte Zeugleutnant Tilian wird wegen Bestechung und erschwerter Angehörigens zu zwei Monaten Gefängnis und zur Dienstentlassung verurteilt; der Angeklagte Zeugleutnant Schleuder wegen Bestechung und erschwerter Angehörigens in Verbindung mit der Preisgabe militärischer Geheimnisse zu vier Monaten Gefängnis und Dienstentlassung; der Angeklagte Zeugleutnant Hinst wegen Bestechung und erschwerter Angehörigens in Verbindung mit der Preisgabe militärischer Geheimnisse zu vier Monaten Gefängnis und Dienstentlassung; der Angeklagte Feuerwerker Schmidt wegen Bestechung und erschwerter Angehörigens in Verbindung mit der Preisgabe militärischer Geheimnisse zu zwei Monaten vierzehn Tagen Gefängnis und Degradation; der Angeklagte Beamter Droese wegen erschwerter Angehörigens zu drei Wochen gelinden Arrest; der Angeklagte Zeugleutnant Hoge wegen erschwerter Angehörigens zu dreiundvierzig Tagen Festungshaft und der Angeklagte Oberintendantsekretär Pfeiffer wegen Bestechung und Preisgabe militärischer Geheimnisse zu sechs Monaten Gefängnis und zur Unfähigkeit für die Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von einem Jahre. Außerdem werden die den Angeklagten gewährten Vorteile als dem Staate für verfallen erklärt.

Sechs der verurteilten Angeklagten haben ihren Verteidigern ihre Entschließung kundgegeben, gegen das Urteil des Kriegsgerichts die Berufung an das Oberkriegsgericht einzuleiten. Nur der Angeklagte Droese nimmt das Urteil an. Der Prozeß gegen die wegen Bestechung angeklagten Kruppischen Direktoren Eccius, v. Demay, Dr. Dreger und Maximilian Brandt wird Anfang Oktober in Moabit stattfinden.

## Der Werftarbeiterstreik.

Der Verbandsrat der Metallarbeiter hat am Sonnabend nach lebhaften Debatten mit sehr großer Mehrheit einen Beschluß gefaßt, der von den streikenden Werftarbeitern verlangt, daß sie den Kampf beenden, und der Vorstand wird beauftragt, nach Wiederaufnahme der Arbeit erneute Verhandlungen nachzuführen. Den Streikenden soll Unterstützung gezahlt werden.

Ueber den Verlauf der Sitzung orientiert folgender Bericht:

Berlin, den 9. August.

In der heutigen geschlossenen Sitzung gab Schlichte ein Bild über den Stand der Streikbewegung und legte die Stellung des Vorstandes hierzu dar.

Ein Teil der Diskussionsredner trat für Unterstützung der Werftarbeiter ein — trotz Verurteilung der statutenwidrigen Arbeitsniederlegung. Es gebe kein Unternehmertum, das die Arbeiter so schikanieren wie die Werftarbeiter. Durch die Annahme einer Resolution, welche die Unterstützung verweigere, würde man die Werftarbeiter den Wertgewaltigen mit Haut und Haaren ausliefern, sagte ein Redner unter Zustimmung. Der andere Teil der Redner — dem anscheinend die Mehrheit der Tagung zustimmte — stellte sich auf den Standpunkt des Vorstandes. Man könne den Streik nicht gutheißen, denn, was den Werftarbeitern recht sei, wäre den übrigen Mitgliedern billig und müßte auch diesen zugestanden werden. Die Werftarbeiter müßten aufgefordert werden, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Der zweite Vorsitzende des Vorstandes, Reichel-Stuttgart, wies darauf hin, daß ein falscher Beschluß (Sanktionierung der Bewegung) mehr oder weniger auch die übrigen Gewerkschaften berühren und beeinträchtigen würde. Dieser würde seine üble Wirkung nicht nur auf Deutschland, sondern auch auf das Ausland übertragen.

Den verschiedenen Ansichten der Delegierten wurde in einer Reihe von Resolutionen, die im Laufe der Debatte eingebracht wurden, Ausdruck gegeben.

Die von den Hamburgern und Delegierten aus dem verschiedenen Teilen des Reiches zugunsten der Werftarbeiter eingebrachte



Resolution erkannte an, daß die Arbeitervereinigungen gegen das Statut verstoßen und der Vorstand nach dem Wortlaut des Statuts im Recht war. Die Generalversammlung solle aber in Berücksichtigung der Sachlage beschließen, „den Streit auf den Sechshunderten durchzuführen und die durch den Streit entstandenen, sowie die in Zukunft etwa noch entstehenden Ausgaben gemäß Paragraph 16 des Statuts auf die Hauptkasse zu übernehmen.“

Nachdem 12 Redner — 28 Delegierte waren noch eingezeichnet — mit unbeschränkter Redezeit zum Wort gekommen waren, wurde ein Schlusstrang mit 71 gegen 56 Stimmen angenommen. Im Schlusswort hob Schlieke nochmals alle Gründe hervor, die für die Stellung des Vorstandes maßgebend waren. Der Vorstand habe sich für verpflichtet gehalten, die Kassen zu sperren. Die Kassen seien Mittel des Gesamtverbandes. Der Verstoß gegen das Statut und die gewerkschaftlichen Grundsätze könne nicht ruhig hingekommen werden. Die Generalversammlung müsse den Kollegen aufgeben, daß sie den gemachten Fehler dadurch wieder gut machen, indem sie die Arbeit wieder aufnehmen.

Vor der Abstimmung über die vorliegenden Resolutionen entspann sich eine längere

#### Geschäftsordnungsdebatte

über die Frage, ob für die Annahme einer Resolution die einfache oder Zweidrittelmehrheit notwendig ist. Einige Redner sehen in der Resolution der Hamburger, nachdem der Statutenwidrige Streit genehmigt werden soll, eine Statutenänderung resp. Aufhebung des Statuts, wofür eine Zweidrittelmehrheit nötig sei.

Gegen eine starke Minderheit beschloß die Generalversammlung, daß diese Resolution keine Aufhebung des Statuts bedeute. Die einfache Mehrheit genüge.

Mehrere Resolutionen wurden zurückgezogen, so daß nur noch die Hamburger und eine Resolution Buse-Bielefeld vorliegen, die die Vorstandmeinung vertritt.

#### Die Abstimmung

war namentlich. Zunächst wurde über die Hamburger Resolution abgestimmt. Diese wurde mit 76 gegen 67 Stimmen abgelehnt.

Die Resolution Buse wurde hierauf mit 126 gegen 18 Stimmen angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Die außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärt nach den Ausführungen des Vorstandes und der Kollegen aus den Werkstätten, in denen die Arbeit ohne Genehmigung des Vorstandes durchgeführt worden ist, daß dieses Vorgehen nicht in Einklang zu bringen sei mit den Grundsätzen gewerkschaftlicher Taktik und Disziplin.

Sie verurteilt das Vorgehen dieser Kollegen auf das Entschiedenste, da es nicht geeignet erscheint, die Stoßkraft des Verbandes gegenüber dem einseitigen, geschlossenen Vorgehen des Unternehmertums in der Metallindustrie zu erhöhen.

Aus diesem Grunde ist die Generalversammlung der Meinung, daß der Vorstand nicht anders handeln konnte, wie er gehandelt hat, jogar so zu handeln verpflichtet war.

In richtiger Würdigung der ganzen Situation, in der der Verband durch das Vorgehen der Hamburger Kollegen gebracht worden ist, verlangt die Generalversammlung von den Werftarbeitern, den Kampf zu beenden.

Der Vorstand wird beauftragt, nach Aufnahme der Arbeit erneute Verhandlungen nachzusuchen und den Beteiligten vom Tage des Beginns des Streiks bis zur Wiederaufnahme der Arbeit Streikunterstützung zu zahlen, sowie auch diejenigen Kollegen zu unterstützen, die nicht sofort wieder eingestellt werden.

Gegen diese Resolution haben gestimmt: die 4 Delegierten aus Leipzig, 7 Hamburger, 2 Stuttgarter, und je ein Delegierter aus Elmshorn, Altriflingen und Heilbronn und 2 Berliner.

Für die Hamburger gab Dahm die Erklärung ab, daß sie verstanden würden, den Kollegen plausibel zu machen, daß sie sich den Beschlüssen fügen müssen. Wenn ihnen das nicht gelinge, müßten sie die Verantwortung ablehnen.

Vorsitzender Cohen erklärte darauf, es sei wohl selbstverständlich, daß alle Delegierten für den Beschluß eintreten.

Damit waren die Arbeiten der Generalversammlung beendet. Cohen schloß sie mit der Aufforderung, den Beschluß zur Durchführung zu bringen und gemeinsam für die Stärkung der Organisation zu wirken.

## Aus Westpreußen.

### Danzig.

#### Eine Riesenleihe von 16 Millionen

unterbreitet der Magistrat der heutigen Stadtverordnetenversammlung. Die Summe ist für folgende Zwecke bestimmt:

Erweiterung der Gasanstalt 2	1 740 000	Mark
Erweiterung der Wasserwerke	330 000	Mark
Erweiterung des Elektrizitätswerks	1 700 000	Mark
Schmutzwasser-Kanalisation	330 000	Mark
Entwässerungsanlagen	550 000	Mark
Bau der Breitenbachbrücke	1 800 000	Mark
Verbreiterung des Hafentkanals	100 000	Mark
Bau der Eisenbahn Langfuhr—Altemühle	170 000	Mark
Unterführung Marienstrasse Langfuhr	170 000	Mark
Höhere Schulen	1 692 000	Mark
Mittelschulen	1 300 000	Mark
Ankauf des Englischen Hauses	80 000	Mark
Bau der Feuerbestattungsanlage	160 500	Mark
Entfestigung der niederen Front	2 000 000	Mark
Dotierung des Grunderverwerbsfonds	3 060 000	Mark
zusammen	15 177 900	Mark
Dazu für Disagio, Stempel, Unkosten usw.	822 100	Mark
im ganzen	16 000 000	Mark

Die Anleihe soll mit 3½ bis 4½ Prozent verzinst werden. Für die Anteilbeteiligung sind 1½ Prozent in Aussicht genommen. Die Beschaffung des Geldes, das zum großen Teile — siehe Breitenbach-Brücke und anderes — bereits vorausgibt ist, wird nicht ohne Schwierigkeiten sein. Soweit es sich um werbende Anlagen oder um notwendige Bedürfnisse handelt, wird man gegen die Aufnahme der Anleihe nichts einwenden können. Fraglich erscheinen will uns, ob die geplante Leitung der Viktoriaschule und das neue Gymnasium (siehe höhere Mädchenschule) für Langfuhr nötig sind. Das bisherige übergroße Entgegenkommen der Stadtverwaltung gegen jeden Wunsch, der von besitzender Seite geäußert wird, läßt erwarten, daß auch hier wieder einmal der Allgemeinheit genommen werden soll, um Wenigen zu geben. Einiges soll übrigens heute auch für die Minderbemittelten abfallen. 1000 Mark will der Magistrat anwenden, um den freien Platz in der Tischergasse als Spielplatz für Kinder herzurichten. Das Geld ist sicher gut angewandt und auch die 60 000 Mark, die der Magistrat für den Erwerb des Bowermentensgartens auf Langgarten fordert. Ursprünglich plante man, einige hundert Quadratmeter von der Bebauung auszuschließen. Nun soll der gesamte mit Bäumen bestandene Teil des Parkes, 8000 Quadratmeter groß, erhalten und der Öffentlichkeit als Erholungsplatz zugänglich gemacht werden. Das kostet 119 000 Mark, von denen ein Herr, der nicht genannt sein will, bereit ist, 50 000 Mark zu decken. Wir haben uns seinerzeit mit

Entscheidung für die Erhaltung des Parkes ausgesprochen. Aber mit der gleichen Entscheidung möchten wir betonen, daß die Angelegenheit für die heutige Belagerin des Terrains, die Firma Bergbold, nicht zum Anlaß eines Extraprozesses werden darf. In der Anwendung des Expropriationsrechtes hat die Stadt eine wirklame Waffe gegenüber solchen Beständen. In der Tischergasse stand der Sandkasten für die Kinder bereits acht Tage vor der Stadtverordnetenversammlung. Der Magistrat muß also der Bewilligung der 1000 Mark sicher sein. Unverständlich ist nur, warum man den Kosten in die unmittelbare Nähe der Bedürfnisanstalt gerückt hat. Ob es nicht besser wäre, diese Stelle durch einige Sträucher zu maskieren und den Sandkasten nach dem anderen Ende zu verlegen.

## Im Westpreußischen Volksblatt

lesen wir in der Nummer 183 vom 8. August d. J.

### Über die Werftarbeiter.

„Die von den christlichen Gewerkschaften auf Donnerstag, den 7. August, nach dem St. Josephshaus in Danzig einberufene und von 250 Werftarbeitern besuchte Versammlung verurteilt das einseitige, aller gesunden Gewerkschaftstaktik ins Gesicht schlagende Vorgehen des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes bei Einleitung der diesjährigen allgemeinen Werftarbeiterbewegung auf das Entschiedenste, da durch dieses Vorgehen und das Verhalten der sozialdemokratischen Partei nach Einleitung der Bewegung eine erfolgversprechende Lohnbewegung der gesamten Werftarbeiter für dieses Jahr vereitelt wurde. Sie verurteilt dieses Vorgehen um so mehr, weil gerade die Lage der Werftarbeiter dringend einer Aufbesserung bedarf und diese nur bei einem einmütigen von Anfang der Bewegung an geschickten Zusammenarbeiten aller in Frage kommenden Organisationen möglich ist.“

Die Versammelten verurteilen ferner die bei dieser Bewegung begangene Disziplinlosigkeit, weil dadurch den Gegnern jeder gesunden Tarifvertragspolitik und jeder selbständigen Arbeiterbewegung gefährliche Waffen in die Hand gespielt werden.

Die Versammelten sind der Ansicht, daß solche, die Gesamtarbeiterschaft schwer schädigenden Vorgänge die unausbleibliche Folge der Verbrüderung der „freien“ Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Partei sind, weil durch diese Verbrüderung die verantwortlichen Gewerkschaftsleitungen zu einflusslosen Werkzeugen der unverantwortlichen und gewissenlosen sozialdemokratischen Parteileitungen und Redakteure der sozialdemokratischen Parteiblätter herabgedrückt werden.

Die Versammelten sind ferner einmütig der Ansicht, daß die sozialdemokratische Partei als die Todfeindin jeder gesunden Gewerkschaftsarbeit auch in diesem Jahre die Werftarbeiterbewegung um ihren Erfolg gebracht und dem Ansehen der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen schweren Schaden zugefügt hat.

Die Versammelten erblicken in den neuesten Vorgängen im sozialdemokratischen Gewerkschaftslager aus Anlaß der Werftarbeiterbewegung einen neuen Beweis für die Richtigkeit der Behauptung, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften mit durchschnittlichen Sehnen nur noch vom Gnadenbrot der sozialdemokratischen Parteigewaltigen existieren.

Die Versammelten verpflichten sich deshalb im Interesse des Wohlergehens aller Arbeiter unermüdet für die Ausbreitung und Stärkung der christlichen Gewerkschaften tätig zu sein; weil nur eine starke christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung in der Lage ist, ein gesundes Tarifvertragswesen zu schaffen und die wirtschaftliche Lage des Arbeiters zu heben und sicher zu stellen.

Wir haben der zentrierten Selbstschauung nichts hinzuzufügen, als: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“

Ein Dienstmädchen aus Langfuhr trank, um seinem Leben ein Ende zu machen, am Sonnabend Salpetersäure. Die Lebensmüde ist unter furchtbaren Qualen im städtischen Krankenhaus verstorben. Wie man uns mitteilt, war das Mädchen katholisch. Es hatte sich in einen jungen Mann verliebt, der einer anderen Konfession angehörte. Da die Unglückliche nicht den Mut besaß, sich aus den Banden des religiösen Vorurteils zu befreien, schien ihr nur der Tod als Ausweg.

Berschwundenes Kind. Seit Sonnabend Abend ist der sieben Jahre alte Knabe Max Sepfner aus der Wohnung seiner Eltern, Rittergasse 30 b, verschwunden. Das Kind trug eine blaue gestreifte Bluse, dunkle Hosen und schwarze Schuhe ohne Strümpfe. Es leidet an einem Sprachfehler und kann sich nicht mit fremden Leuten verständigen. Die Eltern bitten, falls jemand Auskunft über den Verbleib des Kleinen geben kann, um Benachrichtigung.

Das Vermögen der Sozialdemokratie hat die Danziger Allgemeine Zeitung auf Heller und Pfennig ausgerechnet. Das Junkerblatt teilt in seiner Nummer vom 8. August mit, daß die deutsche Sozialdemokratie eine Million und 449 208.11 Mark besitzt. Es greift dann ein wenig, daß niemand wisse, wo dies Geld stehe. Da wir zu den gutmütigen Menschen gehören, wollen wir die Reugierde der Allgemeinen stillen. Die Sozialdemokratie sah die Besteuerung des Besitzes anlässlich der letzten Wehrvorlage lange voraus. Und da sie die Arbeitergroßen vor der Beschätzung des Militärstaates retten wollte, legte sie das Geld sicher an, indem sie Kanonen und Maschinengewehre kaufte. Nicht von Krupp, sondern von Ehrhardt, weil der reeller ist. In allen Landesstellen befinden sich, ohne daß die hochwürdige Polizei darum weiß, geheime Waffen- und Munitionsläger. Und der Ueberfluß wird Jahr für Jahr in neuen Schnellfeuergefeßzen angelegt. Wenn deren genug bekommen sind, bricht die große Revolution aus, bei der die kon-

servativen Reakteure zuerst dran glauben müssen, weil die Proletarier vor der großen Weisheit dieser Herren riesig bange sind.

Noch etwas „Beistreiches“ von der Danziger Allgemeine. Unmittelbar nachdem das lustige Junkerblatt nach dem Geldbeutel der Roten schielte, wird es „wichtig“. Es schreibt:

### Die Vorfahren unserer Genossen.

In dem in Kolbus erscheinenden sozialdemokratischen Blatte, der „Märkischen Volksstimme“ (Nr. 176 v. 30. 7. 13) finden wir folgende recht lustige Betrachtung:

„Und wenn unsere Vorfahren, die Fische, Beuteltiere und dergleichen, die vor Jahrmillionen lebten und deren Säuuglinge jeder von uns als Embryo im Mutterleib noch einmal durchgemacht hat, wenn diese nicht gearbeitet hätten, das heißt auf ihre Art gelebt und gekämpft, so würden wir heute nicht sein.“

Wer nicht zu den „Genossen“ gehört, wird sich dafür bedanken, von „Fischen“ und „Beuteltieren“ abzustammen. Aber jetzt weiß man wenigstens, warum die Herren Sozialdemokraten es so trefflich verstehen, nach den Großen der Arbeiter zu „fischen“ und ihre Anhänger nach allen Regeln der Kunst „auszubeuteln!“

Vom Arbeiten sind die Junker ebenjamenig Freunde gewesen wie ihre leiblichen und geistigen Troßbuben. Aber daß die Entwicklung des Lebens von den Würmern über Fische, Amphibien und Beuteltiere hinweg zum Menschen führte, sollte man allmählich nun auch in den Reihen der Feudalen hapier haben. Laufen doch die Eigenschaften ihrer wilden Vorfahren lebend unter ihnen herum: die Unerfahrenheit des Wolfes, der Stumpfsinn des Mylodon robustus und nicht zuletzt das winzige primitive Gehirn der Cro Magnon oder Neandertalmenschen. Wo alle Beweise der tierischen Abstammung so hübsch beieinander sind, sollte eigentlich kein Zweifel mehr bestehen.

Der Wintergarten hatte trotz des Dominiks ein bis auf den letzten Platz besetztes Haus und durfte dieses wohl auf das ausgefüllt gediegene Programm zurückzuführen sein. Besagt doch schon der Name Weinreich genug, und wer diesen von echtem Humor besetzten Künstler von früher kennt, wird es sicher nicht veräumen, sich seine neuesten Schlager anzusehen. In der Burleske „Der Doppelgänger“ spielte Herr Weinreich mit meisterhafter Gewandtheit und Dialektik den Doppelgänger als Herr Schlaumeyer und Herr Blumenreich. Sehr gut fand sich auch Herr Krämer in seine Rolle als Arzt Damlisch, der zum Besuch bei seinem Freunde Schlaumeyer weilte. Beide wirkten in ihrem Spiel so originell und urkomisch, daß wahre Lachstürme bei den Zuhörern erzielt wurden. Dieselbe Wirkung brachte das zweite Stück „Pension Kadebusch“. Auch hier spielte Herr Weinreich als Pensionvater die Hauptrolle. Die andern Künstler gaben ebenfalls ihr Bestes, und den Abend zu einem genussreichen zu gestalten. Besonders hervorzuheben verdient noch der Hofkünstler Herr „Rubini“. Er arbeitete als Zauberer und lebender Vulkan und ließ mit Ruhe und Sicherheit Gegenstände verschwinden und erscheinen, verschlang und spie Feuer usw.

Ein Besuch des Wintergartens ist zu empfehlen, zumal durch Vermittlung des Arbeiter-Bildungsausschusses Eintrittskarten zu ermäßigten Preisen verabfolgt werden.

Unfall auf der Kaiserlichen Werft. Eine Kohlenäureflasche fiel am Sonnabend auf der Kaiserlichen Werft dem Arbeiter Schönagel auf den Kopf. Der Verunglückte erlitt einen Schädelbruch und wurde in das städtische Krankenhaus gebracht.

Auf dem Dominiksgelände am Olivaer Tor verhaftete die Kriminalpolizei den Seefahrer Engelhardt aus Danzig und den Fischer Rapp aus Jastrów. Die Beiden werden der Teilnahme an einer Anzahl Einbruchdiebstähle beschuldigt.

## Elbing-Marienburg.

Elbinger Frauenversammlung. Am Donnerstag abend wird im Volkshaus eine öffentliche Frauenversammlung stattfinden, in der die Genossin Leu die gegenwärtige politische Lage besprechen wird. Wir bitten unsere Freunde für guten Besuch der Veranstaltung zu sorgen.

Die Parteileitung.

Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Elbing. Am 7. Aug. fand im Volkshaus eine gutbesuchte Parteiversammlung statt, in der vor Eintritt in die Tagesordnung sechs neue Mitglieder aufgenommen wurden. Zur „Stellungnahme zum Parteitag und zur Wahl eines Delegierten“ berichtete Genosse Hermann Schulz. Redner entrollte ein Bild über die Verhältnisse in der Partei, sowie über die Anträge zum Parteitag und verbreitete sich des Näheren über die zwei wichtigsten von ihnen, die Stellungnahme der Reichstagsfraktion zur Besitzsteuer und den Massenstreik betreffen. Zum Schluß seiner interessanten Ausführungen empfahl Genosse Schulz die Beschädigung des Parteitages durch einen Delegierten für den Wahlkreis Elbing-Marienburg. Nachdem in der Diskussion die Genossen Peter, Meier, Theodor Schulz, Gehl und andere ihrer Meinung Ausdruck gegeben hatten, wurde Genosse Hermann Schulz als Vertreter des Wahlkreises zum Parteitag gewählt. — Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf den Rassenbericht, den Genosse Martz erstattete. Aus dem Bericht geht hervor, daß der Rassenbestand günstig ist und die Mitgliederzahl in ständigem Wachstum begriffen ist. Nachdem die Revisoren die Rassenrechnung für richtig erklärt hatten, wurde dem Kassierer die Entlastung erteilt. Ueber: Müßen wir unsere Beiträge erhöhen? referierte Genosse Gehl. Danzig. Nach dem Bericht des Parteivorstandes sind in Deutschland nur noch wenige Kreise, zirka 23 Prozent, die den Mindestbeitrag von 30 Pfennige monatlich zahlen; in Westpreußen nur noch sechs Kreise, darunter Elbing-Marienburg. Was nun in anderen, auch inländischen Wahlkreisen möglich ist, muß doch in Elbing-Marienburg ebenfalls möglich sein. Redner weist auf die Kosten bei den Reichstags- und Landtagswahlen hin, sowie auf die kommenden Stadtverordnetenwahlen und erlucht zum Schluß, den Beitrag auf monatlich 40 Pfennige zu erhöhen. In der nun folgenden lebhaften Diskussion sprachen die meisten Redner gegen eine Beitragserhöhung. Genosse Peter gibt den Standpunkt des Vorstandes des Elbinger Wahlkreises bekannt, der sich im Prinzip mit einer Beitragserhöhung einverstanden erklärt, aber beschlossen hat, mit der Erhöhung zu warten, bis der Parteitag darüber Beschluß gefaßt hat. Genosse Gehl erklärt in seinem Schlußwort: Wenn er den Beschluß des Elbinger Vorstandes gemüht hätte, wäre seine Reise nach Elbing überflüssig gewesen und die Kosten dafür hätten gespart werden können. Dann überlegte er die Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner und gibt seiner Meinung dahin Ausdruck, daß es wohl im Kreise Elbing-Marienburg noch viel an Agitation und Aufklärung mangelt. Um nicht Gegenstände hervorzurufen, schlägt Genosse Gehl vor, sich mit dem Vorstandesbeschluß einverstanden zu erklären und mit der Beitragserhöhung zu warten, bis der Parteitag beschluß vorlege. Nach verschiedenen persönlichen Erwiderungen erklärt sich die Versammlung gegen eine kleine Minorität mit der Erhöhung der Beiträge im Prinzip einverstanden.

Sein Portemonnaie mit 120 Mark Inhalt vermißte ein auswärtiger Besucher, als er mit der Bahn von Elbing nach Hause fahren wollte, kurz vor Abgang des Zuges. Eiligt sprang er aus dem Zuge und begab sich in den Wartesaal, wo er das Porte-



monale vorher noch gehabt hatte. Zu seiner Freude lag es noch mit dem vollen Inhalt auf der Bank, auf der er gesessen hatte.

**Ueberfahren und schwer verletzt** wurde ein Radfahrer in der Danziger Straße. Im gleichen Augenblicke, wie er in die Danziger Straße kam, bog ein Automobil um die Ecke. Ein Anwohner war nicht mehr möglich, und der Kraftwagen fuhr über den Unglücklichen hinweg. Durch den Führer des Autos wurde der Verunglückte, der einen Beinbruch und andere Verletzungen erlitten hatte, nach dem städtischen Krankenhaus gebracht.

**Bestrafung.** Für die Errettung Ertrinkender erhielten jetzt vom Regierungspräsidenten die Matrosen Hilt und Hübmann vom Dampfer „Opfer“ je 20 Mark und der Seemann Hilt von dem gleichen Schiff 30 Mark. Sie hatten am 23. Mai d. J. einige Mitglieder des Elbinger Rudervereins Nautilus gerettet, die bei einer Bootsfahrt auf dem Haff mit ihrem Boot umkippten und unter dieses gerieten.

**Einen Dampferausflug** unternahm der Elbinger Arbeitergesangsverein „Vierfreunde“ am Sonntag nach Pillau. Der Andrang war so stark, daß die beiden großen Salondampfer Kahlberg und Adler vollständig gefüllt wurden. In Pillau trafen die Elbinger mit den Königsberger Sängern zusammen. Sie verlebten gemeinschaftlich mehrere frohliche Stunden, worauf dann in später Abendstunde die Heimkehr erfolgte.

**Elbinger Schöffengericht.** Zu einer Haftstrafe von drei Tagen wurde der Tischler Adolf Jozefski von hier in der am Freitag stattgefundenen Sitzung des Schöffengerichts verurteilt. Weil er trotz polizeilicher Aufforderung nicht für seine Familie sorgte und diese der Armenpflege anheftig lassen ließ, hatte er einen polizeilichen Strafbefehl über 10 Mark erhalten. Wegen dieses Strafbefehls hatte J. Berufung eingelegt und er machte vor dem Schöffengericht geltend, da er mit seiner Frau in Scheidung lebe, wolle er nicht eher für seine Familie sorgen, als bis er vom Gericht für den schuldigen Teil erklärt worden sei. Seine Berufung wurde als völlig unbegründet verworfen und auf obige Haftstrafe erkannt.

Die Mutter des neun Jahre alten Schülers P. hatte schon wiederholt wegen Schulschwänzens ihres Jungen Strafe bezahlen müssen. Sie machte dem Berufsvormund hiervon Mitteilung und dieser nahm den Jungen nun ins Gebet. Auf die Drohung, ihn in eine Besserungsanstalt zu stecken, versprach das Büttschen Besserung. Es ging auch eine Zeit, bis er im Juni wieder die Schule schwänzte. Nun erhielt die Mutter einen Strafbefehl über 2,25 Mark, wogegen sie gerichtliche Entscheidung beantragte. Da ihr nicht nachgewiesen werden konnte, daß sie dem Jungen Gelegenheit zum Schwänzen gegeben hatte, ermäßigte das Schöffengericht die Strafe auf 60 Pfennige oder zwei Tage Haft.

**Feuer.** Durch Selbstentzündung von Trebern brach in der Brauerei Englisch, Braumen am Freitagabend ein Schadenfeuer aus. Der Brand der das Dachgeschloß des Fasschuppens ergriffen hatte, wurde bald gelöscht.

**Seinen Verletzungen erlegen** ist der auf dem Georgendamm infolge eines Zusammenstoßes verunglückte Kutscher Jepp. Er ist am Freitag vormittag im Krankenhaus gestorben. Eine Witwe und vier noch nicht schulpflichtige Kinder trauern um ihren Ernährer.

**Beim Flaschenputzen schwer verletzt** hat sich am Sonntagvormittag eine im Betriebe der Weinhandlung von P. H. Müller beschäftigte Frau. Durch die Scherben einer zerbrochenen Flasche wurde ihr der Daumen der rechten Hand fast abgetrennt, sowie die Hand arg zerschneitten. Nachdem ihr durch einen Arzt ein Notverband angelegt worden war, wurde die Verunglückte ins Krankenhaus gebracht.

### Danzig-Land.

#### Prügelstrafen für Justizgefangene.

Aus Weiskalen schreibt man uns: „Vor kurzer Zeit brachten die Danziger Neuesten die Nachricht, in Gr. Plehendorf seien zwei junge Leute wegen Diebstahls verhaftet worden. Von der Art der Verhaftung erfuhr die Öffentlichkeit nichts. Wir wollen darum nachholen, was die Neuesten Nachrichten veräußerten. Die Festgenommenen sind die Arbeiter H e z l e r und L e g i e n, 21 und 18 Jahre alt. Sie haben sich bei Einbrüchen Kleinigkeiten von unbedeutendem Wert, zum großen Teile Lebensmittel und Genussmittel, angeeignet. H e z l e r wurde in Gr. Plehendorf durch einen Knecht ergriffen und vor der Ablieferung in das Gefängnis durch den Wächtermeister W. K r a z e r l i c h verprügelt. Schlimmer noch erging es L e g i e n, der am anderen Tage in R e i c h e n b e r g festgenommen wurde. Der Gendarmwachmeister Babin legte sich auf sein Fahrrad und ließ den Verhafteten an einer Leine hinter dem Fahrrad einhertrotten. Da L e g i e n das Schritt halten mit dem radehenden Gendarmen schwer fiel, kam er ziemlich erschöpft nach Weiskalen. Der Wächtermeister brachte den Verhafteten nun zu dem Gastwirt B u c h h o l z, einem der Bestohlenen. Legien war gefesselt. Während der Gendarm austrat, ging, hat Buchholz den wehrlosen Menschen mit einem Ochsenjoch in entsetzlicher Weise mißhandelt. Diese Mißhandlungen haben sich dann später nochmals wiederholt. Legien mußte von Paar Schuhe, die Buchholz gehörten. Diese mußte er an Buchholz zurücklassen und vorher fassen. Beim Putzen erhielt er soviel Hiebe mit dem Ochsenjoch, daß ihm der Urin in die Hosen lief. Legien hat so furchtbar geschrien, daß es weithin hörbar war. Wir halten es für selbstverständlich, daß Legien verhaftet werden, aber eine solche Behandlung muß doch den Welt menschlichen Gehirns in den Verhafteten erlösen.“

Sowohl der Jocher u. die uns so unglaublich schmen, daß wir an Ort und Stelle persönliche Ermittelungen vornehmen. Sie bestätigten leider das Angelegte in vollem Umfang. Buchholz hat sich der Mißhandlungen Legiens am Abend vor seinen Gästen gerühmt und erklärte: „Ich habe den Bengel mit dem Ochsenjoch begrüßt.“ Das Strafmaß ist im Bekleidungsraum vor sich gegangen. Legien mußte sich vor den Spiegel setzen. Von diesem Teile der Tortur erklärte Buchholz den Zuhörern: „Na und wenn er nicht laut geiprochen hat, dann gab ich ihm noch mehr.“ Als einer der Zuhörer das Verhalten tadelt, jagte Buchholz: „Was soll daran folgen, ich habe schon so viel Bengels verbaute und es ist nichts passiert.“ — Das Dienstmädchen von Buchholz hat sich dritten Personen gegenüber ausgelassen: „Ich konnte es nicht länger ansehen, das war nicht mehr menschlich, das war eine tierische Behandlung.“ Der Schwager des Verhafteten, einem gewissen Richterhagen, drohte Buchholz: „Machen Sie kein Gequatsch! Der hat sich bewußt und Sie können sich unheimlich machen!“ Wir sind angefaßt dieser

Beststellungen gezwungen, der Danziger Staatsanwaltschaft folgende Fragen zu unterbreiten:

1. Ist die Staatsanwaltschaft der Meinung, daß es nötig ist, in Weiskalen Fürsorge zu treffen, um künftig Gefangene vor Mißhandlungen zu schützen?
2. Wird die Staatsanwaltschaft gegen den Gastwirt Buchholz in Weiskalen ein Strafverfahren einleiten?

Daß nicht am Ende der Gendarmwachmeister Babin mit Ermittlungen in dieser Sache beauftragt wird, das auszuspochen ist noch notwendig. Wenigstens solange nicht, bis einwandfrei festgestellt ist, wo der Beamte während der Mißhandlungen Legiens stand und bis Buchholz erklärt hat, wie der gefesselte Legien vor dem Stiefelputzen die Handflächen los geworden ist. Ueber diesen Teil der Akte können wir nichts erfahren, obwohl gerade diese Stelle besonders notwendig der Klärung bedarf.

### Stuhm-Marienwerder.

**Auch die Geduldigen der Geduldigen werden ungemüht.** In einem Artikel über die Ernteverhältnisse im Kreise Stuhm konstatiert der Rittergutsbesitzer Ruyter-Blonaken: „Die Arbeiterverhältnisse sind wohl dieselben geblieben als im Vorjahr. Bei den hiesigen Arbeitern macht sich eine Bewegung nach Lohnaufbesserung geltend.“ Von dem Erwachen der Stuhmer Landarbeiter wird man in den Kreisen der Arbeiterkassen außerordentlich erfreut sein, denn gerade in dieser Gegend lassen die Verhältnisse außerordentlich viel zu wünschen übrig.

**Bei der Ernte verunglückt.** Der Besitzer Wolanewich in Rehfoß nahm mit seinem Bruder in den Weiskälmpfen die Roggenernte vor. Dabei kam der beladene Wagen einem Wasserloch zu nahe und stürzte um. Die Karben begruben den Sohn des Besitzers unter sich, während sein Bruder sich durch Schwimmen retten konnte. Bis das Getreide weggeräumt wurde, war der Knabe bereits ertrunken.

### Graudenz-Strasburg.

#### Kommerzienrat Bengski als Unternehmer.

In Ragnit-Bilkallen gehen die Wogen des Wahlkampfes jetzt außergewöhnlich hoch, denn die Liberalen, um was sie können, um die Konservativen auf den Sand zu setzen. Dabei ist es selbstverständlich, daß der liberale Kandidat Bengski mit einem Male von Arbeiterfreundlichkeit trieft. In dem liberalen Wahlauftrag für Herrn Bengski heißt es, daß er auch für das Wohl der Arbeiter eintreten werde, da er aus eigener Erfahrung weiß, wie das Gedeihen eines jeden Betriebes von der Leistungsfähigkeit und Zufriedenheit der Arbeiter abhängt. Da erscheint es doch angezeigt, festzustellen, wie Herr Bengski bisher in seinen eigenen Fabrikbetrieben in Graudenz und Groß-Göppingen bei Göppingen (Württemberg) für die Zufriedenheit der Arbeiter gesorgt hat. Vor fünf Jahren setzte Bengski in seiner Graudenz Fabrik 50 Former und Gießereiarbeiter, die den freien Gewerkschaften angehörten, auf die Straße und erklärte, in Zukunft nur solche Arbeiter einzustellen, die keiner freien Gewerkschaft angehören. So versuchte Herr B. kurzerhand den Arbeitern das Koalitionsrecht zu rauben! Die Graudenz und Göppinger Arbeiter wurden förmlich gegen einander ausgespielt. Arbeiterführer in Graudenz wird damit begründet, daß die Arbeiter in Göppingen auch nicht höher stehen. In Göppingen heißt es wieder umgekehrt: Die Arbeit sei viel zu teuer, er bekomme sie in Graudenz viel billiger! In einem uns vorliegenden Klageskreis über die Mißstände in der württembergischen Fabrik des Herrn B. aus dem Jahre 1916 heißt es u. a.: „Die Bude ist weit über die Grenzen des Göppinger Industriebezirks verdrängt und wer sonst nur halbwegs gut bezahlte Arbeit bekommt, macht einen weiten Umkreis um diese elende Bruchbude.“ Herr Kommerzienrat Bengski ist ferner Vorstandsmittglied des berühmten Verbandes Ostdeutscher Industrieller, der wiederholt, und ganz besonders gelegentlich des vorjährigen Regnier Holzarbeiterstreiks neue Arbeiternebelgesetze verlangte. Das Verbandsorgan des Herrn Bengski schrieb damals u. a.: „Ebenso sollten die Politiker von Beruf und die übrigen Ränder, die glauben, daß der Schutz der Arbeitswilligen durch die bestehenden Bestimmungen des Strafgesetzbuches hinlänglich gewahrt sei, im Hinblick auf die Vorgänge in Ragnit und an zahlreichen Orten des In- und Auslandes nochmals ernstlich prüfen, ob nicht endlich dem Terrorismus von streifenden Arbeitern mit wirksameren Maßnahmen begegnet werden muß. Wenn Strafbestimmungen nicht nur dazu da sind, eine Sühne für Störungen der Rechtsordnung festzusetzen, sondern auch auf verbrecherische Naturen abschreckend wirken sollen, so muß man gestehen, daß diese abschreckende Wirkung im vorliegenden Falle nicht kräftig genug ist.“ Es erscheint daher nicht als ein unbilliches Verlangen, sowohl im berechtigten Interesse des Untertanentums, als auch im Interesse der Arbeiter, denen die Sorge für ihre Familie mehr am Herzen liegt als falsches Solidaritätsgefühl mit kontraktbrüchigen Elementen, daß gegen die Gewaltthätigkeit der von der Sozialdemokratie und leider oft auch von nichtsozialdemokratischen Organisationen verhetzten Arbeitern mit größerer Strenge vorgegangen wird.“ Herrn B. und seinen Gefinnungsgenossen waren also die gegen die friedlichen Regnier Arbeiter angewandten polizeilichen und militärischen Gewaltmittel, denen bekanntlich selbst ein unschuldiges Arbeiterleben zum Opfer fiel, noch nicht scharf genug. Vermutlich auch aus Sorge für die „Zufriedenheit der Arbeiter“ ließ er die Regierung zu weiteren Zwangsmaßnahmen gegen die Arbeiter aufheben! So bekannte sich Herr Bengski als bössartiger Feind der organisierten Arbeiter und Vertreter eines propägen Herrenstandpunktes, so vertrat er „das Wohl der Arbeiter, das ihm, wie jetzt geschwindelt wird, am Herzen liegen soll!“ Herr Kommerzienrat Bengski verdient ebensowenig das Vertrauen des arbeitenden Volkes, wie der konservative Kandidat

### Schwetz.

Hunderttausend Mark Schaden verursachte ein Feuer, das das Gehöft des Gutsbesizers v. Rozski in Schwetz heimlichte. Die Wasserleitung der Stadt genügte nicht der Anforderungen der Feuerwehr und so nahm der Brand, obwohl das Personal der Schwetzer Feuerschutz sich mit einer Spritze an den Löscharbeiten beteiligte, eine über Erwarten große Ausdehnung. Während das Vieh und ein Teil der landwirtschaftlichen Maschinen gerettet werden konnte, ist von den Gebäuden nichts vor der Vernichtung bewahrt und selbst die Nachbargrundstücke Schwetzens zeitweise in großer Gefahr.

### Thorn-Kulm-Briesen.

Bier Woch n Mittelarrest hatte der Unteroffizier Koppe vom Pionierbataillon Nr. 17 wegen vorwärtsdringender Behandlung Urtegerbater vom Kriegsgericht zudiskretiert erhalten. Er legte Berufung ein, die jedoch vom Oberkriegsgericht verworfen wurde.

**Haubard.** In der Nacht zum Freitag brach ein bisher unbekannter geliebener Mann in dem Gehöft des Anfleiderdorfer Altshausen bei Kulm ein. Er erschlug den 70jährigen Kämer Cyramkowski und dessen 60 Jahre alte Wirtshausin Matamkowsk mit einer Art. Dann hat der Mörder 1800 Mark, die Erbsparnisse Cyramkowskis, geraubt und ist geflüchtet.

### Neustadt-Karthauss-Puhig.

Der gestrenge Herr Landrat! Wegen den Landrat des Kreises Neustadt war von der Gewerkschaft Graf Gleichen in Köln bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstattet worden. Die Gewerkschaft hätte der Neustädter Kreiszeitung ein Inserat aufgegeben, in dem eines ihrer Produkte empfohlen wurde. Nach dem ersten Erscheinen des Inserats lehnte der Verleger die weitere Veröffentlichung mit der Begründung ab: der Landrat habe das Inserat unterlag und ihn gezwungen, einen redaktionellen Gegenartikel zu bringen. Die Staatsanwaltschaft lehnte die Einleitung eines Verfahrens ab; diesem ablehnenden Bescheid schloß sich der Oberstaatsanwalt an. Der Bescheid besagt, daß sich der Landrat eines strafbaren Vorgehens nicht schuldig gemacht habe, da er nach einem Vertrag mit dem Verleger des Kreisblattes berechtigt sei jedes Inserat zu verbotnen und die Aufnahme jeder redaktionellen Notiz zu erzwingen.

Wieder ein Beweis von der Allmacht preussischer Landräte. Es ist nicht zu verstehen, weshalb der Landrat die Redaktion nicht lieber gleich selber in die Hand nimmt. Der Fall beweist gleichzeitig wieder einmal, wie weit es mit der Unabhängigkeit der Amtsblätter her ist.

### Genossenschaftsbewegung.

#### Die Konsumvereinsbewegung am 1. Januar 1912 und 1913.

Unsere amtliche Genossenschaftsstatistik steht auf sehr schwachen Füßen. Einmal hintert sie ziemlich stark hinter den Ereignissen her, andererseits sind ihre Ergebnisse äußerst mangelhaft. So berichtet die offizielle Statistik der preussischen Zentralgenossenschaftskasse nur über die eingetragenen Genossenschaften, und auch von diesen gibt sie nur Anzahl und Mitgliederstand, während über Geschäftsergebnisse und sonstige Entwicklung Stillschweigen geübt wird. Wir sind deshalb für unser statistisches Bedürfnis auf die Veröffentlichungen der großen Zentralverbände angewiesen, die wir an der Hand der amtlichen Statistik durch Schätzungen für die fehlenden Verhältnisse angefügten Vereine ergänzen müssen. Das geschieht in einem im Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine veröffentlichten Artikel.

Am 1. Januar 1912 waren dem Zentralverband deutscher Konsumvereine 1142 Vereine angeschlossen, von denen 1134 Bericht erstattende 1313422 Mitglieder zählten. Der Allgemeine Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Dr. Czäger) umfaßte 293 Vereine, von denen 273 berichtende 276645 Mitglieder hatten. Beide Verbände zusammen zählten also 1590067 Mitglieder. Da nun zwei Jahre vorher, am 1. Januar 1910, dem letzten Datum der amtlichen Statistik, sämtliche deutsche Konsumgenossenschaften rund 300000 Mitglieder mehr zählten, als die beiden Verbände, so kann man für den 1. Januar 1912 einen Mitgliederbestand von 1900000 annehmen. Rechnet man dann die übrigen Geschäftsergebnisse der Verbandsgenossenschaften auf diese Mitgliederzahl um, so ergibt sich folgendes Bild für den 1. Januar 1912:

Berichtende Vereine	Zentralverband	Allgemeiner Verband	Summe	Auf je 1000 Mitglieder	Auf 1 000 000 Mitglieder
1142	1134	273	1407	—	—
1142	1313422	276645	1590067	1400	1000000
1142	355509974	71493607	427003581	270200	513711000
1142	82501974	3593609	86437583	11811	79445600
1142	6536239	3518462	10054701	43333	46132700
1142	25675784	1203211	26878895	55778	25250200
Erübrigung (einschl. Rabatguthaben)	51972150	8187105	60159255	25225	47927500

Aus diesen Ziffern tritt vor allem das gewaltige Uebergewicht des Zentralverbandes gegenüber dem Allgemeinen Verband hervor. Ersterer hatte fünfmal soviel Mitglieder und Umsatz, zehnmal soviel Grundbesitz und fast zwanzigmal soviel Eigenproduktion wie letzterer. Insgesamt umfaßte also die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung am 1. Januar 1912: 1,9 Millionen Mitglieder, die im eigenen Geschäft für eine halbe Milliarde Mark Einkäufe machten, wobei für 80 Millionen Mark in eigenen Betrieben hergestellt war und wozu eine Erübrigung von 48 Millionen Mark erzielt wurde. Eine gewaltige wirtschaftliche Macht!

Wir sind nun in der Lage, schätzungsweise auch den Stand der deutschen Konsumvereinsbewegung für den 1. Januar dieses Jahres festzustellen. Im verfloffenen Jahre hat der Zentralverband 170000 neue Mitglieder gewonnen. Rechnet man an, daß sämtliche übrigen Konsumvereine um 30000 Mitglieder zugenommen haben, so gibt das für den 1. Januar 1913 einen Bestand von 2100000 Mitgliedern. Nach der gleichen Methode ist dann der Gesamtumsatz im eigenen Geschäft auf 568 Millionen Mark, die Eigenproduktion auf 88 Millionen Mark, der Wert des Grundbesitzes auf 95 Millionen Mark und die Erübrigung, einschließlich Rabatguthaben auf 43 Millionen Mark zu veranschlagen.

### Humor und Satire.

**Der unglückliche Klient.** Der nervöse junge Rechtsanwalt erhob sich zu seiner ersten öffentlichen Verteidigungsrede vor den Geschworenen. „Mein unglücklicher Klient“ . . . begann er flötend und stockte dann. Noch einmal versuchte er's: „Mein unglücklicher Klient“ . . . Und wieder blieb er stecken. Ein verlegenes Räuspern, und dann entranen sich zum drittenmal seinem bebenden Munde die Worte: „Mein unglücklicher Klient.“ — „Weiter, weiter, Herr Verteidiger“, unterbrach ihn hier der Vorsitzende, fahren Sie nur fort. Soweit stimmt der hohe Gerichtshof mit Ihren Ausführungen überein.“

# Wintergarten

Direktion Julius Hätt.

Orkanartige Heiterkeitsstürme

entfesselt allabendlich

# Weinreiss

in

„Der Doppelgänger“ und „Pension Kieckebusch“.

Wer lachen will, muss Weinreiss sehen.

Vorher: Unter Teil mit „Rubin“.

Anfang 8<sup>1/2</sup> Uhr.